

# Posener Zeitung.

Achtundsechziger Jahrgang.

Annoncen-  
Annahme-Bureau:  
In Polen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmsr. 16.)  
bei C. H. Ulrici & Co.  
Breitestraße 14.  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Kreisand,  
in Breslau bei Emil Habal.

Mr. 55.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Breslau 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

## Stehende Gewässer.

Originalcorrespondenz aus Innerösterreich.)

II.\*

Es liegt im Wesen des Sumpfes, daß in ihm eine Menge Verschwörungen vor sich gehen, deren Zweck aber einzige und allein die Verpeßung der Lust mit ungesunden Miasmen zu sein scheint. Ein Neues, ein Gesundes, ein Festes kann aus solchen Prozessen des stagnierenden Gewässers unmöglich entstehen. Es ist daher eine höchst kindische Freude der verfassungstreuen Organe aller Schafftungen der offiziellen Abhängigkeit und Unabhängigkeit und der freiwilligen Offiziösigkeit — denn „inspirirt“ sind sie ja Alle mit verschwindenden Ausnahmen, mögen sie nun ein Klein wenig in Opposition machen oder sich ohne jede Heuchelei ihr ministerielles Futter oder einen gnädigen Blick verdienen, — wenn sie über das neuerdings zu Tage getretene Berwirking in den Reihen der überdies nur als versprengte Freikörper kämpfenden Föderalisten jubeln.

Brüfen wir einmal den überaus interessanten Verwesungs- resp. Berfesungsprozeß, den uns die großen und kleinen Hauptquartiere des ehemaligen Föderalismus bieten. Schon damals als die sogenannte „Rechtspartei“ entstand, konnte man mit großer Bestimmtheit von einem prinzipiellen Bruch zwischen den Rittern vom „Vaterland“ und den tschechischen Orthodoxen von der „Politik“ sprechen. Jene schufen nur deshalb ein neues politisches Bekenntniß, um dadurch unbeschadet der föderalistischen Firma verschämt anzudeuten, daß sie sich nicht mit dem Ezechenum identifizieren wollten. Die schlauen Klerikal-feudalen Nekken hatten rasch genug eingesehen, daß die unmäßigen Forderungen der Gecken, wie dieselben in den sogenannten Fundamental-Artikeln gipsteten, Niemand in Österreich, selbst ein Klerikal-reaktionäres Regime nicht, semals bewilligen könnte, ohne aus Österreich ein „Groß-Böhmen“ mit einigen Anhängern zu machen. Es ist ja auch den Ultramontanen Österreichs niemals Ernst gewesen mit den nationalen Bestrebungen der verschiedenen slawischen Stämme. Dieselben waren der föderalistischen Klerikei stets nur Mittel zur Bekämpfung des die Legis der aufklärenden Bildung tragenden Deutschthums, im Zwecke bedarf doch jedes wahrhaft nationale Streben schließlich der Waffen des Geistes, um zum Siege zu gelangen. Von dem Augenblick an, wo sich in Böhmen die jungtschechische u. in Krain u. Untersteiermark die jungslowenische Partei anfang geltend zu machen, wurde den Ultramontanen die nationale Agitation verdächtig. Das Herz der Schwarzen und der Feudalen, vielleicht ein Theil des „historischen Adels“ in Böhmen ausgenommen, hing mehr an der Aufrechthaltung der Macht der Landtage, als an der Aufrichtung eines Wenzelreiches innerhalb der Monarchie, welches Böhmen, Mähren und Schlesien für sich in Anspruch nahm und einen Ausgleich ähnlich dem mit Ungarn abgeschlossenen in's Auge fasste. Man wollte nicht einen Ausgleich mit den Söhnen der Wenzelssonne, sondern siebzehn Ausgleiche mit allen Kronländern Eisensteiniens.

Die „Rechtspartei“ hat sich nun auch so ziemlich wiederum verflüchtigt, besonders seit die Wahlreform Gesetz geworden ist. Rückgängig ließ sich dieselbe wohl nicht mehr machen, das fühlte, das wußte man. Außerdem sollte es sich endlich zeigen, daß sich auch die Ultramontanen unter einander nicht mehr verstehen; daß sie verschiedene Sprachen redeten und das Dogma ihres Föderalismus in entgegengesetzter Weise ausdeuteten. Die jüngste Wahl des orthodoxen tiroler Föderalistin Dipauli gab den Anstoß zu den erbittertesten Kontroversen im Lager der „glaubens-einheitlichen“ Tiroler. Der genannte Deputierte, welcher auf eigene Faust resp. auf Grund seiner Wahl den Eintritt in den Reichsrath verweigert, hat durch diesen Akt mit der bisherigen Gepflogenheit gebrochen, welche darin bestand, den Eintritt in die Vertretung des Reiches von dem Beschuße des Landtages abhängig zu machen. Die tiroler Ultramontanen sind unbeschadet ihrer Opposition gegen die Wahlreform mit einer politischen Reservatoriumslist in der Tasche im Reichsrath erschienen. Das war dem Herrn Dipauli und seinen voralberger Kollegen Thurnherr und Delz nicht korrest genug; und in der That haben sie auch Recht. Die Landtage haben mit der Zusammensetzung des Reichstages nichts mehr zu schaffen, ergo hat auch der Beschuß einer Landtagsmajorität oder Minorität bezüglich der Beschildung des Wiener Parlaments keinen Sinn mehr. Die tschechischen Reichsratsabgeordneten Böhmens halten sich ja auch nicht auf Grund eines Landtagsbeschlusses, den sie nicht fassen können, weil sie mit Ausnahme von 3 Abgeordneten der Prager Landstube fern bleiben, sondern auf Grund ihres Parteiprogrammes, welches am fictiven „böhmischen Staatsrecht“ festhält, von der Reichsvertretung fern. Wahrscheinlich bringen aber Dipauli und seine etwaigen zwei oder drei Genossen noch keinen Auszug der Parteigenossen aus dem Parlament zu Stande. Im Gegentheil liegen die Dinge wesentlich anders. Greuter, welcher klug genug ist mit seinen Genossen im Reichsrath mitzuhören, um nicht in Vergessenheit zu gerathen, hält es für nothwendig, noch ein klein wenig föderalistisch zu heucheln und seinen Kollegen Dipauli über dessen Bruch mit dem bisherigen Modus auszuschelten. Greuter und seine Freunde in allen Kronländern außerhalb Böhmens, wo überhaupt Schwarze in den Reichsrath gewählt worden sind, hätten längst den ganzen föderalistischen Plunder in die Kumpelkammer geworfen, wenn sich nur eine passende Gelegenheit dazu fände. Keht ihr vor eurer Thür! So fertigt er die Altzeichen ab, die ihm Lehren über sein politisches Verhalten geben wollen. Mit einem Worte: im Lager der ehemaligen Föderalisten schaut es übel aus. Und doch liegt

darin nicht der geringste Trost für die Liberalen innerhalb der Verfassungspartei.

Ob die in den Fesseln der Unwissenheit und Bigitterie erhaltenen deutschen Bauern von Tirol, Vorarlberg, Salzburg, Steiermark, Oberösterreich als Föderalisten oder verfassungstreue Centralisten den Bannern ihrer schwarzen Cabecilla's folgen, bleibt sich doch wohl völlig gleich. Da ist wieder einmal der Sumpf! — Es ist möglich, daß vielleicht der Zwist zwischen Dipauli und Greuter diesem oder jenem denkenden Aelpler die Augen öffnet. Im Allgemeinen hat aber der gewöhnliche Bauer gar keinen Sinn für dergleichen seine Listeleien; er folgt getreu seinem Pfarrer, Dekan oder Bischof und damit Basta. In einer Agitation der liberalen Partei, um die Bevölkerung aus den Klauen ihrer Geistlichen zu befreien, ist aber gar nicht zu denken, am allerwenigsten im „heiligen Land“ Tirol; und doch ließe sich gerade dort etwas erwarten, weil das Volk von gesundem Kerne und einsach nur eingeschlafen ist. Zu allem Unglück ist noch der brave Grechmer, die Seele der Liberalen Tirols, gestorben. Stände es anders dort; fürwahr Graf Taaffe wäre nicht mehr möglich als unverzüglicher über den Staatsgesetzen stehender Künstling des Hofes und als nicht zu beseitigender Platzhalter der gewinntigen katholischen Reaktion. Ist es nicht geradezu schmachvoll, daß dieser Mann es wagen durfte, während der Session des tiroler Landtages auf eine von der liberalen Minorität ausgehende Interpellation zu erwiedern: Er werde den Übergriffen der Kommissäre des Fürstbischofs von Brixen auf dem Gebiete der Schule mit der Strenge des Gesetzes entgegentreten, aber nur wenn die bisher vereinzelten Fälle sich vermehrt hätten. Sollte es nur Graf Taaffe nicht wissen, daß in den meisten Schulen Tirols die geistlichen Oberen sich nicht mit den ihnen gesetzlich zustehenden Visitation des religiösen Unterrichts begnügen, sondern vollständige Schulprüfungen abhalten, als gäbe es keine Schulgesetze? Der „fromme“ Milchbruder des Kaisers will mit der „Strenge des Gesetzes“ warten, bis sich die vereinzelten Fälle vermehrt haben! Das muß sich das österreichische Volk bieten lassen! Im Reichsrath hat zwar der wackere Tiroler Wildauer den tief einschneidenden Antrag eingebracht, das Schulauftichtsgesetz dahin zu ändern, daß der Reichsrath zu bestimmen hat, aus welchen Elementen Landes-, Bezirks- und Ortschulrat zu bestehen haben und die Ernennung der wichtigsten Funktionäre der Regierung zu übertragen. Schließlich Kultus- und Unterrichtsminister v. Trenner sah sich angewiesen die schreienden Thatsachen in Tirol moralisch genöthigt, für den Wildauer'schen Antrag einzutreten, dessen Annahme sicher ist. Doch was ist damit gewonnen, so lange ein Taaffe der Hüter der Reichsgesetze in Tirol ist? Die Ohnmacht des Kabinetts, diesen Menschen, welcher nur die Aufsicht gegen die Gesetze zückt, von seinem hochwichtigen Posten zu entfernen, ist eine bittere Satire auf die ganze sogenannte „Reform“ in Österreich. Das ist der Fluch dieses Staates, daß man darin nur Gesetze giebt, damit sie von den Würdenträgern der Krone unausgeführt bleiben, daß man „Freiheiten“ giebt und ihnen daneben auch bald das Grab gräbt. Auch das ist wieder der Sumpf mit seinen Miasmen!

Es ist ein wahres Wort, daß jedes Volk die Regierung besitzt, die es verdient, daß jede Partei sich ihr eigenes Schicksal bereitet. Wir wundern uns nur, daß die Hofküche nicht mutiger in's Zeug geht. Es könnte ihr ja gar nicht fehlen. Wer in dem „verkrachten“ und durchaus indifferenter Österreich würde es denn wagen, einem geschickten Entrepreneur der Reaktion ein energisches Veto entgegen zu rufen? Doch es fehlt der Schaar von Hößlingen eben an geschickten und klugen Staatsmännern, welche im Stande wären, vorsichtig zwischen den nationalen und ultramontanen Klippen hindurch zu laufen und dem Liberalismus eine katholische Nase zu drehen, ohne die genüß- und ruheliebenden „Gebildeten“ in ihrem Stolz, aufgellärte Leute, ja gar Atheisten zu sein, zu stören. Sumpf auch da, wo einst so stählerne Grundsätze herrschten, als nämlich Bach und Schwarzenberg noch nach Prinzipien regierten!

Zu den polnischen Prophezeiungen von künftigen Verwicklungen, welche den Polen wer weiß was bringen sollen, bemerkt die „Nordd. Allg. Z.“ in ihrem heutigen Leitartikel Folgendes:

Den Polen leistet ihre Presse mit den ewigen Hegereien und neuerdings mit dem Bravoursüd auf der Kriegsfront eine schlechten Dienst. Auf Revolution oder Krieg alle Hoffnung seien, ist immerhin ein Alt der Verzweiflung. Wer diese letzten Karlen ausspielt, der erkennt unwillkürlich die Unfeierlichkeit des geistlichen Bestehenden an, dem auf dem Wege organischer Entwicklung nicht beizukommen sei, so daß dem Gegner derselben nur gewaltthätiger Umsturz aufhelfen könne. Die Gesundheit des vorhandenen Zustandes wird damit bestätigt: da keine Aussicht ist, ihn erkranken und hinscheiden zu sehen, so erübrigst nur, ihn totzuschlagen!

Was aber den „bevorstehenden“ Krieg anbelangt, so ist das ein eigen Ding. Es gewahnt an Garderobeblüte, die auf die Dienerchaft übergehen, von ihr an den Trödler gelangen, und je abgetragener sie sind, in immer tieferen Regionen herunterkommen. Ein solcher alter Rock ist das Gerede von dem „bevorstehenden“ Kriege. Durch immerwährenden Verbrauch haben sich geworden, ist das Kriegsgerücht aus den vornehmsten Kreisen der politischen Gesellschaft Europas in tiefe und noch tiefere Regionen weiterbegchen, bis es jetzt endlich, ziemlich verlumpt, die Sonntagsgarde rote der polnischen Presse ausmacht.

Staat machen kann damit beim besten Willen nicht mehr. In seiner ursprünglichen Gestalt, wonach das deutsche Reich auf Krieg sinne, ist es nachgerade als abgenutzt erwiesen. Wenn nun also Deutschland den Krieg nicht sucht und „man“ doch vor Allem einen deutsch-russischen Krieg braucht, läßt sich etwa glaubhaft machen, daß Russland sich mit Kriegsplänen trage? Das wagt Niemand zu behaupten, so erwünscht es wäre, dafür einen Anhalt zu gewinnen. Und doch ist dieser Krieg der Tag- und Nachtgedanke einer bestimmten Sorte von

Annoncen-  
Annahme-Bureau:  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. L. Hanke & Co. —  
Haasenstein & Vogler, —  
Rudolph Wose.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Juvalidenbank.“

Absetze 20 Pf. die schmalste Zeile oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 3 Uhr Kaufmitten angenommen.

Sonnabend, 23. Januar  
(Erscheint täglich drei Mal.)

1875.

Deutschland.

Politikern. Man bleibt dabei: es wird Krieg, es kommt zu diesem Kriege! Die Monarchen sind durch notorisches Bande der Freundschaft miteinander verbunden. Gleichwohl graben die Generäle beide Mächte emsig und um die Welt die Streitart aus dem Boden! Der Krieg ist in der Luft: gewisse Lungen vermögen nicht, frische Luft zu schöpfen, ohne Krieg zu atmen!

Mit der politischen Presse kooperiert, wie es den Anschein hat, seit einiger Zeit die serbische Regierung — vermutlich französischen Einflüssen dienstbar. Auch in Belgrad wird man schwierig davon Seinen. Denn vergewissert es sich, daß man an der unteren Donau den „bevorstehenden“ Krieg in Sinne der politischen Träumereien erseht, um im Treiben zu fishen, so werden die Mächte, welche das entgegengesetzte reale Interesse beseelt, Mittel und Wege finden, solche Störenfriede um so mehr im Raum zu halten. Den Dank Europa's freien diese abenteuerlichen Politiker sicher nicht: Europa will den Frieden.

Deutschland.

△ Berlin, den 21. Januar. Der Bericht des Finanz-Ministers über die Vermögenslage Preußens hat einen günstigen Eindruck nicht verfehlten können, der sich selbst in der Oppositions-Presse Eingang verschafft hat. Auch die „Börsische Zeitung“ stimmt mit in die allgemeine Besiedigung ein und konstatiert mit Recht, daß die günstige Lage der preußischen Finanzen in ein ganz besonderes helles Licht tritt, der Ungunst gegenüber, unter der die gesammten Verkehrs- und Handels-Interessen augenblicklich zu leiden haben. — Die „Magdeburgische Zeitung“ hat gestern den angeblichen Inhalt des im Ministerium des Innern ausgearbeiteten Entwurfes der Provinzial-Ordnung gebracht mit der Angabe, daß die allerhöchste Ermächtigung vom 22. Dezember v. J. datirt. Der Berichtsteller darf sich, meinen Informationen zufolge, im Irrthum befinden. Was er mittelt, ist nicht der Inhalt des neuen, sondern des bereits im vorigen Jahre vorgelegten und an eine Kommission verwiesenen Projekts. Auch das erwähnte Datum gehört einem früheren Jahre an, da am 22. Dezember 1873 die allerhöchste Ermächtigung zur Vorlegung des vorjährigen Entwurfes ertheilt wurde. Für den jetzt im Ministerium des Innern ausgearbeiteten Entwurf ist eine allerhöchste Ermächtigung überhaupt noch nicht ertheilt worden, und man darf annehmen, daß die Vorlage aus Rücksicht auf die Ausdehnung der Landtags-Arbeiten noch verzögert werden wird. Die allerhöchste Ermächtigung wird jedoch wahrscheinlich schon in nächster Zeit nachgefragt und ertheilt werden. Immerhin ist aber die oben erwähnte Mitteilung von Interesse, weil in wesentlichen Dingen vermutlich der neue Entwurf mit der früheren Fassung übereinstimmen könnte, da über die prinzipielle Grundlage des früheren Entwurfs bisher keine Meinungsverschiedenheiten im Staats-Ministerium zur Geltung gelangt sind. — Der Vorstand des Vereins der deutschen Irrenärzte hat darauf angetragen, die seinerseits zur Herstellung einer gemeinsamen deutschen Irrenanstalt Statistik entworfenen Zählblätter und Tabellen amtlich für die preußischen Irrenanstalten einzuführen. Nachdem das Königlich-statistische Bureau über diesen Antrag sich gutachtlid geäußert, hat der Minister des Innern im Einverständnis mit dem Kultus-Minister den Vorstand der statistischen Zentral-Kommission, Geheimrat Bitter, ersucht, den in Rede stehenden Gegenstand in der nächsten Versammlung der genannten Kommission mit zur Beratung zu stellen.

DRC. Berlin, 21. Januar. Die Arbeiten des Reichstages sollen nun doch noch — so ist es wenigstens die Absicht des Präsidenten von Forckenbeck und hervorragender Mitglieder aller Fraktionen — vor Schlus des Monats Januar zu Ende geführt werden, um dem preußischen Landtag Zeit für Lösung der ihm übertragenen Aufgaben zu lassen. Der Plan zur Erreichung dieses Zwecks ist folgendermaßen projektiert: Am Sonnabend soll die zweite Beratung des Bankgesetzes ihren Anfang nehmen, bei welcher sich voraussichtlich nur in einigen hervorragenden Prinzipien eine längere Diskussion entwickeln wird, so daß man die Hoffnung hegt, die zweite Lesung dieses Gesetzes am Sonnabend und Montag zu beenden. Am Dienstag und Mittwoch würde die dritte Lesung des Ehegesetzes erfolgen, wie auch noch nebenbei die kleinen noch in der Schwebe befindlichen Vorlagen ihre Erlösung finden. Die beiden großen Finanzgesetze über den Rechnungshof und über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches — welche bekanntlich bereits in der Kommission durchberaten sind, für die aber auch in diesem Jahre sich schwierig ein Verständnis zwischen dem Reichstag und dem Bundesrat erzielen lassen dürfte, werden als schätzbares Material für die nächste Session aufgezehrt werden und diesmal nicht mehr zur Verhandlung gelangen. Am Donnerstag endlich soll die 3. Lesung des Bankgesetzes erfolgen. Man hofft dieselbe an diesem Tage zu Ende zu führen, wenn möglich noch an denselben Tage (Donnerstag, 28. Januar) die diesjährige Session zu schließen. In diesem Falle würde der Schlusstermin schon im Sitzungssaale des Reichstages und wahrscheinlich durch den Präsidenten des Reichskanzleramtes, Staatsminister Delbrück, erfolgen, wie dies bereits in der vorlegten Session dieser Körperschaft geschehen ist.

— Anscheinend offiziell wird über die Vormundschaftsordnung geschrieben:

Obwohl die preußische Gesetzgebung wiederholt bestrebt war, die auf dem Gebiete des Vormundschaftswesens hervortretenden Mängel zu befeitigen, so gelang dies doch nur in wenig zweifelsicher Weise. War schon vor dem Jahre 1866 unter den verschiedenartigen Rechtsprinzipien auf diesem Gebiete eine lebhafte Colliston wahrnehmbar, auch in römisches, gemeines deutsches, französisches und preußisches Landrecht in den verschiedenen Provinzen in hartem Widerstreit mit einander lagen, so trat dieser Widerspruch noch viel mehr nach stattgehabter territorialer Vergrößerung des preußischen Staates hervor. Es ist deshalb der lebhafte Wunsch des Justizministers, daß der in der vorigen Sitzungsperiode des Landtags nicht erledigte Entwurf

einer Bormundschaftsordnung in der laufenden Session unter allen Umständen perfekt werde. Der Entwurf hat sich die Aufgabe gestellt, nach verschiedenen Seiten hin auf die sich oft diametral entgegenstehenden Bestimmungen der einzelnen Gesetzgebungen amalgamirend zu wirken. Im Großen und Ganzen schließt sich derselbe der am Rhein und in Frankreich herrschenden Gesetzgebung an, und überlässt demnach die Lüftung der Bormundschaft, anstatt sie, wie es jetzt in Preußen größtenteils der Fall ist, in streng bureaukratischer Weise in die Hände des Gerichts zu legen, mehr den Bormündern und Familien der Pflegebehördlichen. Der Entwurf eignet sich auch zur demnächstigen Ausdehnung auf das deutsche Reich. Von einer einheitlichen Regelung des Bormundschaftswesens für das deutsche Reich ist vorläufig Abstand genommen worden, weil dies mit vielen Schwierigkeiten verbunden sein würde, so lange nicht der Majorenstermin in allen deutschen Staaten ein gleiches ist. Das Inkrafttreten des Entwurfs wird übrigens nicht unbedeutende Ersparungen für den Staat zur Folge haben.

— Im Reichskanzleramt ist übereinstimmenden Meldungen folge ein Gesetzentwurf über die Unterstützung Hinterbliebener von Beamten des Reichs ausgearbeitet worden. Die Vorlage hat die Zustimmung sämtlicher Bundesregierungen sowie der preußischen Bevollmächtigten mit alleiniger Ausnahme des preußischen Finanzministers gefunden. Der letztere widerstieß sich derselben, weil nach seiner Ansicht die preußischen Finanzen keine neue Belastung ertragen können. Außerdem fügte Herr Camphausen hinzu, daß der Entwurf, wie ihn das Reichskanzleramt ausgearbeitet, den betreffenden Beamten keine besonderen Vortheile gewähre und dringendere Aufgaben der Erledigung barreten. Die Gründe sowohl als die Person des Widersprechenden ließen es angezeigt erscheinen, den Entwurf einer nochmaligen Prüfung zu unterwerfen. Die Angelegenheit dürfte aber, wie es heißt, demnächst eine im Sinne des Entwurfs günstige Erledigung finden. — Der Hauptentwurf des Finanzministers ist zum Theil durch sein der Kammer vorgetragenes Finanzprojekt widerlegt, es handelt sich nur noch um die Entscheidung der Frage, ob, wie Herr Camphausen wünscht, ein dem preußischen ähnlichen Pensionsfond gegründet werden soll oder nicht. Nach dem Entwurf des Reichskanzleramts soll die Pension der Wittwen von Reichsbeamten mindestens 160 und höchstens 1600 Mark betragen; der Wittwengehalt beläuft sich auf ein Drittel des Gehalts, den der Beamte selbst gesetzlich zu beanspruchen hatte. Jedes Kind empfängt ein Fünftel der Wittwenpension; doch darf die Pension der Wittwe und ihrer Kinder zusammen nicht die Pension des Vaters überschreiten.

— Zur Tarifffrage hat der Handelsminister, wie wir dem „Berl. Alt.“ entnehmen, unter dem 14. d. M. an die sämtlichen königlichen Eisenbahn-Kommissariate folgende Verfügung erlassen:

„Zur Beseitigung der Bedenken, welche einzelne Vorstände von Privat-Eisenbahn-Gesellschaften gegen Ermäßigungen der zur Zeit bestehenden Frachttarife deshalb hegen, weil sie befürchten, daß die demnächst von ihnen etwa beachtliche Wiedererhöhung der Tarife bei der Staats-Aufsichtsbehörde Schwierigkeiten finden oder doch nur mit nachteiligem Zeiterlust zu erreichen seien werde, will ich hiermit und zwar zunächst für die Dauer des laufenden Jahres eine größere Freiheit in der Normierung der Frachtarife für den Lokal-, wie auch den direkten und Verbandsverkehr vorgestellt, daß die Gesellschaftsvorstände befugt sein sollen, ermäßigte Frachtfäße demnächst ohne staatliche Genehmigung wieder aufzuhaben und die jetzt bestehenden Frachtfäße (Expeditions- wie Transport-Gebühr) wieder einzuführen. Diese Konzession wird jedoch an folgende Bedingungen geknüpft. 1) Unzweck nach den bestehenden Bestimmungen zu Frachtermäßigungen die Genehmigung der Aufsichtsbehörden vorbehalten werden, in solche auch für die Folge nachzusuchen. Dieselbe soll indeß als meinesseits erhebt angenommen werden, wenn innerhalb drei Wochen nach Einreichung des betreffenden Berichts bei dem kompetenten königlichen Eisenbahnkommissariate, beziehungsweise königlichen Eisenbahnkommissarien ein Einspruch nicht erfolgt ist. 2) Bezuglich der gehörigen Pu-

## Aus Berlin.

Bekanntlich hatte der Prinz Friedrich Karl vor Kurzem eine ansässig nicht sehr bedeutende Verletzung am Fuße davongetragen. Das ansässig geringe Leben hat sich indeß eben weil es dem „B. C.“ zufolge zuerst für vollständig unbedeutend gehalten wurde, und weil der Prinz den ärztlichen Anordnungen nicht Folge leistete, nicht unbedeutlich verschlimmert. Gegenwärtig muß der Prinz das Bett hüten, da sich aus der geringfügigen Verletzung eine Knochenhautentzündung herausgebildet hat. — Uebrigens wird von dem Nanowstein des Prinzen folgendes hübsche Anekdote berichtet: Als Geheimrat Lanzebeck bei einem ärztlichen Besuch den Prinzen, den fransen Fuß im Stiefel, aus dem Sophia liegend fand, meinte er: „Ja Kgl. Hoheit, so kann der Fuß freilich unmöglich gesunden.“ „Gang geht, lieber Geheimrat,“ war die Antwort, „aber ein Hohenzoller trägt keinen Pantoffel.“ — Chafsdächlich versagte sich dann auch sowohl der Kaiser heute noch ebenso, wie die Prinzen die gänzlichen Begleiterscheinungen einer Morgenröte, wie sie in Gestalt von Schafrock und Pantoffeln in bürgerlichen Kreisen gang und gäbe sind.

Der Flieger-Adjutant des Kaisers, Major v. Lindequist, welcher am Montag Vormittag im Kaiserlichen Palais den Dienst hatte, wurde sehr lebhaft von einer alten Bäuerin in Anspruch genommen, welche durchaus dem Kaiser ein persönliches Gefüll vortragen wollte. Es war die 60jährige Witwe Körner aus Heidekrug im Reg.-Beirat Gumbinnen, welche den weiten Weg, teilweise zu Fuß, zurückgelegt hatte. Wegen ihres Gefülls, das ein vermeintliches, von den Gerichten ihr widerfahrenes Unrecht in einer Vorlesungslage betraf, kounte ihr keine Audienz bewilligt werden. Es wurde ihr jedoch beim Polizeipräsidium eine angemessene Unterstützung zur Rückreise ausgewiesen und eröffnet, daß sie ihre Beschwerde schriftlich einreichen solle, welche dann geprüft werden würde.

Der Polizei-Präsident von Madai wurde vor einigen Tagen in der Abendstunde von einer profiturten Dirne in der Bebenstrasse in der bekannten Wiese angeredet. Ohne etwas darauf zu erwidern, wandte er sich an den nächsten Schutzmann, den er traf, wurde von diesem jedoch nicht beachtet. In seinem Horne requirierte der hohe Herr einen Schutzmannsposten, um die Dirne arretieren und die Persönlichkeit des Schutzmannes feststellen zu lassen. Diese hatte sich jedoch schließlich entfernt, dagegen war dieser, der sich keines Vergehens bewußt glaubte, ruhig stehen geblieben. Gegen ihn ist nun ein Disziplinarverfahren eingeleitet, in welchem er zu Protokoll erklärt hat, daß er seinen Chef für den bei der Kriminalpolizei beschäftigten Wachtmeister Gravenstein gehalten habe. Ob diese Entschuldigung etwas nutzen wird, weiß man noch nicht.

Vorgestern fand bei dem General-Postdirektor Dr. Stephan ein Diner statt und zwar unter folgender ergötzlicher

## Tagesordnung:

Suppe: Willkommen im Grünen. Versetzte Königssuppe à la Don Carlos. Deutsche Reichspostschnecke, nicht à la Voerne. Ragout à la Krack. Kalbsmilch à la Aktionär. Rinderfilet ohne Sinter à la Campion. Fricandeau Kraft in Saft à la Madat. Fischhommage à la Seehandlung. Pastete von Annexionsgelüsten. Salmi Selbstgovernement: Institutionum et regularum Syntagma. Ananascreme à la Liebe-Ratum-Mehlpeise à la Civiche mit Sauce à la Nouvourcang. Butenbraten mit Brustauflistung à la weiblicher Postsekretär. Rehbraten à la Mädcheneim, absencé de haut-gout. Telearabestangenspargel. Landwirthschaftliche Produkte à la Pommersche Zentralbahn. Schweizer Postkugel-Gleicher à la Hammer. Früchte und Nüsse à la Reichsbank.

Blation der ermäßigten Säße und deren gleichmässiger Anwendung, wie wegen der rechtzeitigen Bekanntmachung und Anzeige der Wiedererhöhung sind die bestehenden Vorschriften, insbesondere die Bestimmungen des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 sorgfältig zu beachten. 3) Ohne staatliche Genehmigung dürfen Ermäßigungen nicht auf einen kürzeren Zeitraum als drei Monate eingeführt werden. 4) Die Tariffälle für die näher belegene Station dürfen sich nicht höher gestalten, als die Tariffälle für die darüber hinausgelegene entferntere Station. 5) Der Staatsregierung bleibt vorbehalten, die auf Grund des Bundesratshabeschlusses vom 11. Juni v. J. ertheilte Ermächtigung zur Erhebung eines 20prozentigen Zuschlages zu den vor dem 1. August 1874 bestandenen Tariffällen bei eingetretender Modifikation dieses Beschlusses dem entsprechend jederzeit ganz oder teilweise zurückzuziehen. Wenn von diesem Vorbehalt Gebrauch gemacht werden sollte, ist den Gesellschaftsvorständen eine etwaige Wiedererhöhung ermäßigter Frachtfäße nur innerhalb der danach festgelegten Grenzen gestattet.

Das königliche Eisenbahn-Kommissariat veranlaßte ich, den Privat-Eisenbahnverwaltungen des unterstellten Bezirks schleunigst von Vorliegendem Kenntnis zu geben und die demnächst eingehenden Anträge auf Frachtermäßigungen jedesmal sofort mit gutachtlicher Ausserung mir vorzulegen.“ Eine Abdrift dieser Verfügung ist den sämtlichen Eisenbahn-Direktionen zur Kenntnahme mit dem Bemerkung zugegangen, daß dieselben auch ihrerseits die Genehmigung als im Voraus ertheilt betrachten können, wenn es sich um die Wiedererhöhung von ermäßigten Tarifen in direkten und Verbandsverkehren handelt, in welchen neben Privat-Eisenbahnen auch Staats- oder unter Staatsverwaltung stehende Bahnstrecken beheimatet sind.

— Die Meldung der „Nat.-Btg.“, daß das Amt des Direktors der königlichen Archive dem Geh. Ober-Negierungsrath Bitelmann übertragen sei, beruht, wie die „Kreuztg.“ hört, auf einem Irrthum. Die Ernennung eines Nachfolgers des Geh. Rathes Dunder ist vielmehr vorbehalten, und die provisorische Verwaltung der Archive dem Unter-Staatssekretär im Staatsministerium Schuhmann, unter Mitwirkung des Geh. Rathes Bitelmann in Betreff der administrativen Angelegenheiten, und des Archivrathes Dr. Hassel für die eigentlichen Archiv-Angelegenheiten, übertragen. Für die definitive Besetzung scheint eine wissenschaftliche Autorität in Aussicht genommen zu sein.

— Wie der „Nat. B.“ mitgetheilt wird, haben jetzt sämtliche beherrschende Minister (die Minister des Innern, des Handels und der Finanzen) sich mit der von der Stadt gefestigten Entwidrigungs-Forderung für die Übernahmeder fürstlichen Straßen- und Brückenbauanstalt einverstanden erklärt. Die Stadt wird mittin einer jährlichen Rente erhalten, welche nach dem Durchschnitt der fürstlichen Aufwendungen in den zehn Jahren 1864 bis 1873 einschließlich berechnet ist; außerdem wird ihr die Straßenbaupolizei zur Verwaltung im Namen des Staates übergeben werden. Die Zustimmung des Landtages soll die Gelegenheit der Etats-Verhandlung eingeholt werden.

Fulda, 20. Jan. Über die Beschlagnahme des Diözesanvermögens, welche bekanntlich gleichzeitig mit der Schließung des Priesterseminars erfolgt ist, äußert sich die „Nat. B.“ wie folgt: Diese Beschlagnahme ist natürlich, ebenso wie die des bischöflichen Vermögens zu Paderborn, auf Grund des Gesetzes vom 20. Mai v. J. erfolgt, allein der Grund ist in beiden Fällen nicht derselbe. In Paderborn trat sie ein zufolge des § 6 jenes Gesetzes, nach Erledigung des Bischofssitzes durch richterliches Urtheil; in Fulda kann sie nur auf Grund des § 7 oder des § 8 jenes Gesetzes erfolgt sein. Nach § 7 soll sie u. A. dann stattfinden, wenn in anderen Fällen als durch richterliches Urtheil der bischöfliche Stuhl erledigt ist und bischöfliche Rechte oder Verrichtungen von Personen ausübt werden, welche den Erfordernissen nicht entsprechen, die vom Gesetz für die Ausübung der bischöflichen Rechte vorgeschrieben sind. Und nach § 8 soll die Beschlagnahme eintreten in allen Fällen, wenn ein erledigter bischöflicher Stuhl nicht innerhalb eines Jahres nach der Erledigung mit einem staatlich anerkannten Bischofe wieder belebt ist. Da nun Bischof Köt von Fulda am 14. Oktober 1873 gestorben ist, ohne bis jetzt einen solchen Nachfolger erhalten zu haben, so ist die Beschlagnahme vom

Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Thatsachen, namentlich den bei der Post zu Neujahr aufgegebenen rekommandirten Briefen sind noch nie so viel Wohnungskündigungen erfolgt, als am letzten Jahresschluß. Dieselben gehen aber diesmal überwiegend von Mietbern sowohl großen und kleinen aus, die in manchen Häusern, namentlich in den neueren Stadttheilen, sogar sammt und sonder dem Wirth den Stuhl vor die Thore gesetzt haben.

Auch in der eigenen Wohnung muss man sich decent benehmen und jeden Anstoß zu öffentlichem Ärgernis vermeiden, wenn man nicht, wie zwei junge hübsche Mädchen am Dienstag mit dem Kriminalrichter in unangenehme Verührung kommen will. Das junge Blut, anständigen Eltern entstammend, war durch die glühende Hitze des letzten Herbstes und durch die verlockenden Thöre einer Dreivogel auf dem Hofe dermaßen in Wallung gekommen, daß die Mädchen in ihrer Stube die überflüssigen Kleider von sich warfen und im lustigen Negligé umhertanzten, den durch den tollen Jubel an die Fenster gelockten Bewohner des gegenüberliegenden Hausesbaues einen allzuvielen Einblick in ihre Verhältnisse gestattend. Die Männer sahen kopfschüttelnd dem ungewohnten Treiben zu, die Frauen dagegen begnügten sich nicht mit der stillen Verachtung, sondern zeigten die Sache dem Gerichte an, welches auf Grund des § 183 des Strafgesetzbuchs die eine der beispieligen Damen zu 14 Tagen, die andere zu 10 Tagen Gefängnis verurtheilte.

Ein schändlicher Streich, der unschöbar eine Zugentgleisung herbeigeführt haben würde, ist am Sonnabend auf der Berlin-Dresdener Bahn rechtzeitig entdeckt worden, so daß einen Unglücksfall noch vorgebeugt werden konnte. Ein Bahnwärter stand nämlich auf der Strecke hinter dem Bahnhof auf der Schwelle eines großen Pflastersteins, der durch einen aus Sand und kleineren Steinen konstruirten Unterbau derart festgemacht war, daß er einen anstommenden Zug ganz bestimmt vom Gleise gebracht hätte. Als der Brante das Hinterzahn wahrnahm, war gerade ein Arbeiterau in der Aufsicht begriffen; er gab demselben sofort das Warnungssignal, was auch noch rechtzeitig bemerkte wurde, so daß der Train zum Stehen gebracht werden konnte. Der Verdacht der Thäterschaft lenkte sich sofort auf zwei polnische Arbeiter, welche sich an der betreffenden Stelle zu thun gemacht hatten, obgleich für sie dort nichts zu suchen war. Sie wurden verhaftet und bis zum Montag im Amtsgefängnis von Schöneberg verwahrt, von wo aus ihre Überführung nach dem hiesigen Untersuchungs-Arrest inzwischen erfolgt ist.

Unter den Besuchern des Schauspielhauses am Abend des 19. erregte eine sehr einfach in Schwarz gekleidete Dame, welche ihren Platz in einer der hinteren Reihen des Parquets hatte, ein gewisses Aufsehen, als bekannt wurde, daß diese Dame niemand Anderes war, als die Gattin des regierenden Herzogs von Meiningen, früher als Künstlerin als Fräulein Ellen Franz bekannt. Die Dame, welche geborene Berlinerin ist und zum Besuch ihrer Familie hier weilt, war mit der Familie eines bekannten hiesigen Schriftstellers im Theater erschienen.

Zum Schluss gedenken wir noch der am Mittwoch im königlichen Schauspielhaus erfolgten ersten Aufführung von Kleist's „Hermann und Katinka“ in der Bearbeitung von Rudolf Gené, welche die glänzendste Aufnahme fand. Die Presse ist einstimmig in der Anerkennung des großen Verdienstes, welches sich Gené durch seine durchaus vielvolle Bühneneinrichtung eines der genialsten Werke des großen Dramatikers erworben hat.

18. Januar jedenfalls schon aus diesem Grunde gerechtfertigt; ja sie hätte bereits vor länger als einem Vierteljahr vorgenommen werden können. Die literale Taktik pflegt befannlich vom Bataillon aus vorgeschrieben zu werden. Daher liegt die Vermuthung nahe, es werde auch in der Diözese Fulda der staatlichen Verwaltung des Diözesanvermögens kein Hindernis entgegengesetzt werden, wie es in der Diözese Paderborn nicht geschieht. In der That verlautet wenigstens schon, daß der bisherige Kassirer zu Fulda die Geschäfte fortzuführen willens sei.

Nach der „Germ.“ ist noch nachzutragen, daß der Kapitularvikar Schanne entschieden protest gegen die kommissarische Besitzergreifung des Diözesanvermögens und gegen die Schließung der theologischen Fakultät einlegte, wobei er hervorhob, daß er nur der Gewalt weiche und bezüglich der letzteren Maßregel den Seminariumsvorstand zu irgend einer Mitwirkung weder veranlassen könne noch werde.

Paderborn, 21. Januar. Wir haben bereits mitgetheilt, daß die weltlichen Beamten des Generalvikariats in ihren Stellungen verblieben sind, während die Geistlichen ihre Stellungen aufgegeben haben. Wie der „Germ.“ geschrieben wird, hat der ehem. Bischof Martin die weltlichen Beamten dazu autorisiert. Der Korrespondent äußert sich darüber wie folgt:

Ich kann versichern, daß der Herr Bischof nur durch das dringendste Zureden dahin gestimmt wurde, zu dem vor einiger Zeit ihm mitgetheilten Plane zu schwören, welche die Subalternbeamte beim Generalvikariate mit der ev. Erlaubnis zur Fortführung ihres Amtes unter einem staatlichen Kommissarius anzustellen. Es muß aber aufs Bestimmteste schon jetzt vor der Annahme gewarnt werden, als ob ähnliche Transaktionen auch in der Diözese verucht werden könnten. Nicht bloß, daß sie auch gar keine katholischen Laient in den Kirchenvorständen finden werden, welche ihre Namen unter einem Schriftstück setzen möchten, daß an den vom Staate aufgestellten Verwaltungs-Kommissar gerichtet wäre; sondern der Herr Bischof hat auch bereits auf Fragen ausdrücklich erklärt, daß jeder Verkehr mit dem Kommissarius von Seiten der Kirchenvorstände im Gewissen verboten, also fündhaft sei. Der paderborner Diözesaniker weiß demnach, wie er zu handeln hat: die Geschichte dieser Prüfungszeit wird darum schwerlich keinen Berrather an Pflicht und Ehre aufweisen. — Das Domkapitel hat sich heute über die an den Oberpräsidenten zu richtende Antwort schlüssig gemacht: dem Bischof wird dieselbe zu nicht geringem Trost gereicht.

Über die Ankunft des Herrn Martin in Wesel am 19. Januar schreibt man der „Rh. u. N.-Btg.“: Die Polizei, vom Landrat bis zum Polizeidienner, war am Bahnhofe vertreten; gleichwohl trat der Bischof nicht sofort seine Haft an, sondern logierte in einem Privathause, zu welchem er in einem Wagen abgeholt wurde. Die Ankunft scheint etwas zu spät angemeldet worden zu sein, die Herstellung von drei dem Bischof zur Verfügung gestellten Zimmern war zwar angeordnet, indeß noch nicht fertig. Inzwischen hat bekanntlich Martin die ihm weiter zuverlaßne Haft angetreten.

Vom Rhein, 20. Januar berichtet die „Weser-Btg.“: Die Feier der Wiederaufrichtung des deutschen Kaiserreichs (18. Januar) ist an vielen Orten in Rheinland und Westfalen unter lebhafter Begeisterung der reichstreuen Bevölkerung begangen worden. Berichte darüber liegen schon aus Essen, Mülheim a. d. Rh., Bochum, Duisburg, Wesel u. a. Städten vor. Die Anregung zu diesen patriotischen Alten ging fast überall von dem „Deutschen Verein“ aus, wie derselbe denn überhaupt mehr und mehr zum festen Sammelpunkt aller Bestrebungen wird, welche die Stärkung deutscher Gefinnung dem Ultramontanismus gegenüber begegnen.

## Frankreich.

Paris, 19. Jan. Wenn man den Lyoner und touloner Zeitungen Glauben schenken darf, so bereitet Frankreich eine neue Expedition gegen das Kaiserthum Anam vor. Es soll nämlich in der Provinz Tonking, welche letztes Jahr der Schiffslieutenant Francique Garnier, der aber dort seinen Tod fand, einen Tag lang erober

## Ein akademischer Konflikt.

Die berliner „Volkzeitung“ schreibt unter dem 20. d.: In unserer konfliktreichen Zeit scheint auch unsere Universität jetzt mit ein m solchen bestrebt zu werden, und zwar bricht derselbe an einer Stelle aus, die da berufen sein sollte und sich auch für berufen hält, die großen Schäden der sozialen Gegenseite zu erforschen und durch klare Erkenntnis der Gründe möglich zu ihrer Heilung beizutragen. Wie wir hören, hat der bekannte Nationalökonom Prof. Ad. Wagner gegen den ebenfalls die Nationalökonomie lebenden Dozenten Dr. Dühring eine Denunziation, verbunden mit Antrag auf Aufzog von seinem akademischen Lehramt an hiesiger Universität bei der Philosophischen Fakultät eingereicht. Da uns solcher Gestalt die akademische Lehrfreiheit selbst durch einen bürgerlichen persönlichen Streit unter Fachgenossen bedroht erscheint, nehmen wir keinen Anstand, die uns zugegangene Rechtsfertigungsschrift des Angeklagten zu veröffentlichen:

Dem geehrten Herrn Dekan der phil. Fakultät Prof. Beller hießelt.

Die Frist vor nicht viel mehr als 48 Stunden, welche Sie mir plärrisch gestellt haben, und welche dabei noch einen Sonntag einschließt, genügt nicht einmal, um mir auch nur die fraglichen Zeitungen vollständig zu besorgen, geschweige das Material an Belegen, Bezeugniss, genaueren Feststellungen des in Erfahrung Gebrachten und überhaupt Beweisstücken zu dem, was Sie als Rechtsfertigung meinerseits bezeichnen, zu beschaffen, zu verarbeiten und beizubringen. Ich muß daher, fast einzig unter Hinweisung auf die beigelegte, mir allein augenfällig vorliegende Nr. 571 der „Völkerzeitung“ vom 8. Dezember 1874 und übrigens meine Sache aus dem Gedächtnis darlegen. Die genannte Nummer enthält ein bezahltes und, nach dem Tarif zu schließen, etwa mit 15 Thaler erlaubtes Interat des Prof. Wagner, und zwar hat es derselbe durch die Einkleidung in die Form einer Zuschrift an die Redaktion für die Leute als Nichtinterat markiert. Ich habe die Beweise von der Redaktion schriftlich dafür in Händen und auch die Thatsache, daß dieselbe die Annahme im rechtlichen Theil als unmotivirt Herrn Wagner verweigert hat. Den Bericht über einen Vortrag von mir nahm Herr Wagner nur zum Vorwand, um in der That nicht gegen diese Beurteilung, sondern gegen Stellen meiner Geschichte der Nationalökonomie, die er dreist meinem Vortrag als Inhalt unterstoh, eine Anzahl höchst qualifizirter Injarien der ordinären Art zu schleudern. Trotzdem war aber kein Anhaltspunkt für Herrn Wagner vorhanden, der einstellig auf die bloße Vermuthung hin, ich würde wohl dasselbe gesagt haben, was in meiner Geschichte der Nationalökonomie steht, die Gelegenheit vom Baune brach, um auf Seiten eines hochwissenschaftlichen Werkes in einen Zeitungssandal zu inserieren. Die geflissentliche Wahl der größten Scrimpfwörter, wie: unverdiente Lüge, freche Verleumdung, nichtswürdige Infamie, sowie die Unterstellung von Geisteskrankheit, Größenwahn, Unzurechnungsfähigkeit, ließ über das Motiv keinen Zweifel, mich zu provozieren und einen möglichst großen Skandal zu erregen, dessen Schuld mir dann bei den Behörden stellte seiner aufzubürden wäre, um bei dieser Gelegenheit eine Remotion zu erwirken und sich eines lästigen Gegners und Konkurrenten zu entledigen. Vor Gericht bringt schon der bloße Gebrauch des Wortes Lüge das Hinausweisen einer Partei mit sich, die in dieser Manier spricht. Auch hat sich die Zeitung die Künsten für die Injarien, an denen sie mitschuldig wurde, bezahlen lassen, und hat mir gegenüber ihren Versuch, für meine Erwiderung Geld zu erhalten, aufzufallen müssen, da sie wohl wußte, daß ich auch sie für die Wagner'schen Injarien wegen Theilnahme in Anspruch nehmen könnte.

hatte und deren Einverleibung in Cochinchina die Handelskammer von Saigon fortwährend als für den Wohlstand der Kolonie unumgänglich notwendig verlangt, ein Aufstand ausgebrochen sein. Missionare sollen ermordet worden sein und die französische Regierung deshalb beschlossen haben, zu intervenieren und 20,000 Mann Soldaten nach Cochinchina zu senden, um sich in den Besitz der erwähnten Provinz zu setzen.

Die "Gazette de France" meldet, daß unter den Personen, welche im Königl. Palast zu Madrid empfangen worden sind, sich auch Marschall Bazaine befinden habe und fügt hinzu: "Diese Nachricht kann Niemand überraschen. Herr Bazaine ist ganz am rechten Platze unter den Generälen, die gerade wie es ihnen paßt, die Königin Isabella und den König Amadeus auf den Thron erhoben, ihnen gedient und sie dann vertrieben haben, um zur Republik, zur Diktatur und endlich zu Don Alfonso übergehen." Auch die Mutter der Kaiserin Eugenie, Gräfin von Motto, hat dem Könige ihre Glückwünsche vorgebracht.

## Italien.

Rom, 17. Januar. Die Agitation der Parteien des Batikans ist thätig, eine Entscheidung in der spanischen Frage herbeizuführen, aber das ist nicht so leicht, wie die Sanfedisten anfangs glaubten. Don Carlos hat seine Gönner unter den Kardinälen und Prälaten, die es mit der rückwärtsgewandten Politik halten, wie andererseits Don Alfonso des stillen Wohlwollens Sr. Heiligkeit gewiß sein darf. — Die Wiedereröffnung der Kammer am nächsten Montag wird hoffentlich dem mystischen Druck ein Ende machen, der die Gemüther über die Herkunft oder Nichtherkunft Garibaldi's belommen hält. Wer sich am wenigsten daraus macht, ist der Unterrichtsminister Vonghi. Er ist das leibhaftige *perpetuum mobile* des Ministeriums, das von einem Ende des Landes zum andern eilt. Vonghi besucht alle höheren Bildungsanstalten, findet sie ganz gut, schließlich aber doch nicht wie sie sein könnten, und definiert damit die notwendigen Reformen, damit jeder wisse, wieviel und vielerlei er selber damit zu thun habe. Garibaldi soll nächsten Mittwoch eintreffen, sein Sohn Menotti mietete ihm in dem neuen Albergo Alibert eine recht komfortable Wohnung mit der Mittagssonne und der reizenden Aussicht auf die blühenden Gärten des Monte Pincio.

## Großbritannien und Irland.

London, 19. Januar. Der Gedanke an den deutschen Landsturm und an die ungeheure Streitmacht, welche Deutschland demnächst aufzubieten im Stande sein wird, sowie an die Rüstungen anderer Mächte verursacht der "Times" allerlei unangenehme Vorstellungen von dem Höhepunkte der militärischen Machtanstrengungen, wo sich die Alternative zwischen Abrüstung und Krieg herausstellen wird. Der Hinblick von den großen Heeren anderer Staaten auf die geringen Landstreitkräfte Englands liegt nahe, aber die "Times" tröstet sich über die Differenz in den Zahlen mit der Erwagung, daß die Flotte Englands starker Arm sein müsse, wo es sich um den Einfluß auf die Politik des Festlandes handle. Die Flotte — bemerkte sie — ist unser starker Punkt, und Flotten haben, wie man sich erinnern wird, oft nicht nur die Herrschaft zur See, sondern auch zu Lande verliehen. Der große Krieg wird, wenn er kommt, wenn er überhaupt je kommen sollte, uns nicht unbereitet finden. Er wird uns allerdings daheim finden, allein in einer gesicherten, auf allen Punkten wohlgesicherten Stellung und selbst im Stande, unseren Freunden kleine Dienste zu leisten. Was die Zahl der Truppen anbelangt, so ist es eitel, noch mehr Mannschaften von England zu verlangen.

und daher zur Gratistentgegnung berechtigt war. Auch würde ich, ganz abgesehen von dem objektiven Sachverhalt, schon der bloßen injurischen Form wegen, eine richterliche Verurtheilung des Herrn Wagner selbst haben erzielen können. Statt dessen habe ich die Beschimpfungen nicht etwa mit Schimpfwörtern erwidert, sondern nur energisch an die eigenen Ausdrücke des Herrn Wagner so wieder erinnert und angekündigt, daß dem Publikum die ganze Manier dessen gezeigt, von dem sie ausgegangen waren, im Zusammenhang mit meiner summarischen Aufrechterhaltung der als Lügen bezeichneten Wahrheiten wieder in das Gedächtnis käme. Eine solche, doch wohl augenfällig in einer edleren als der Wagner'schen Stilgattung gehaltene Abfertigung war für mich als Schriftsteller und Dozenten sicherlich erforderlich. Außerdem hatte Herr Wagner seine herausfordernden und tendenziösen Injurien gegen einen in anderer Weise Bebrüderen ausgespielt, und die Beschreitung des gerichtlichen Weges und alsdann der disziplinarischen Beschwerde durch mich schien mir denn doch der Sache unangemessen und meiner unwürdig. Ebenfalls die größten Injurien enthielt ein Privatbrief von rein provokatorischer Natur, den Herr Wagner kurz vor seiner Zeitungsausgabe an mich gerichtet hatte. Zu eben derselben Zeit, wie man mir ausdrücklich berichtet hat und wofür ich den unmittelbaren Zeugen stellen könnte, hat Herr Wagner in seiner Vorlesung außer jenen dort ebenfalls vorgebrachten Injurien es auch gezeigt ausgetragen, ich sei hier an der Universität blos geduldet und auch das müsse nun aufhören. Diese Ankündigung, meine Entfernung von der Universität betreffen zu wollen, ist also hiermit von Herrn Wagner vor seinen Studenten schon öffentlich ausgetragen, ehe er in der Zeitung mit seiner injuriosen Absichtlichkeit zur Fortführung eines Skandals gegen mich auftrat. Später hat sich Herr Wagner von Zuhörern eine Adresse fertigen lassen, die ein Urteil gegen mich enthielt und dieselbe auch in der "Börsenzeitung" zur Bekanntmachung bringen lassen. Wer solche Injurien enthielt, mag sich sowieso vertrauen und Anhänglichkeit votzen lassen, bis er will, aber er soll die gute Sache und Disziplin nicht soweit verlieren, seine Studenten direkt sich als Richter über die Verfahrensart seines Widersachers aufzuwerfen und auszusprechen zu lassen. Wenn mir nicht derartige Veranlassungen zum Ekel wären, so hätte es auch mir nicht an solcher Vorstellung gefehlt.

Sehn Jahre bin ich an der hiesigen Universität und in meinen Büchern mit dem Grundsatz ausgekommen, kein aktuelles Mitglied der Universität jemals polemisch zu berühren. Erst die Verfahrensart und Provokation des Hrn. Wagner hat mich schließlich zu einer Ausnahme gezwungen. Von eignen Zuhörern derselben, die auch die meistigen waren, sind mir erst wiederholte Berichte über polemische Ausfälle gegen meinen Namen zugestanden, ehe ich mich entschließen konnte, an eine solche zum Schlamm veränderte Sache an der hiesigen Universität zu glauben. Hr. Wagner hat, wie ich nach und nach erfahren, systematisch meinen Kredit bei den Studirenden zu unterminieren gesucht, und das Einzigste, was ich mir zur Vertheidigung gestattet habe, ist die in den feinsten Formen verlaufende Signalisierung meines wissenschaftlich abweichen Standpunktes und auch dies stets nur bei Gelegenheiten gewesen, wo auch zugleich auswärtige Namen auf gleicher Linie mit Hrn. Wagner in Frage kamen.

Die Feindschaft des Hrn. Wagner gegen mich ist weit älter als sein Hiersein. Sie datirte schon von dem Anfang meiner volkswirtschaftlichen Schriftsteller-Laufbahn, also von der Mitte der sechziger Jahre her und äußerte sich in anonymen Rezensionen, sowie noch kurz vor seiner Hierkunft auch gelegentlich in unterschriebenen Ausfällen, was den Herrn, der wahrscheinlich auf meine Nichtkenntnis der Umstände zählte, jedoch nicht hinderte, mir einen Antrittsbesuch zu machen, den ich höflich angenommen, wenn auch nicht erwidert habe. Anstatt

dieselben sind einfach nicht zu haben. Sie sind zu gut verwendet, wo sie heute schon stehen an allen vier Enden der bewohnten Erde." — Dagegen ist neuerdings, gegenüber Denjenigen, welche Angesichts der großen Armeen des Festlandes England empfehlen, sich auf seine Flotte zu verlassen und den vergeblichen Versuch aufzugeben, zu Lande über die Notwendigkeit des Bedürfnisses der Vertheidigung hinaus mit den Militärsstaaten zu konkurrieren, die "Morning Post" als Fürsprecherin der allgemeinen Wehrpflicht aufgetreten. Das Opfer, sagt sie, mag groß sein, allein es ist ein Opfer, welches auch andere Nationen zu bringen haben, welche nicht mehr Vorliebe für den Krieg haben als wir. Die Kosten mögen schwer sein, allein auch jede andere Versicherungsprämie ist schwer und wer wollte sagen, daß allgemeine Wehrpflicht eine zu schwere Prämie zur Versicherung des Reichthums und der Besitzungen des Reiches wäre?" Die "Post" steht einstweilen mit diesem Vorschlage sehr vereinzelt da. Aussicht auf die Annahme des Vorschlags ist vorderhand kaum vorhanden, doch muß bemerkt werden, daß das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht der englischen Verfassung insofern nicht fremd ist, als Aushebung durch's Los für die Miliz früher ständige Einrichtung war und im Bedürfnissfalle auch heute noch wieder eingeführt werden könnte.

Die konservative "Hour" konstatirt mit Befriedigung, daß trotz des von verschiedenen Seiten laut gewordenen Bedenkens über eine solche Einmischung, der Einfluß Deutschlands sich als wirksam gegen die Unterdrückungsmaßregeln erwiesen habe, welche die neue spanische Regierung hinsichtlich der Protestanten getroffen hatte. "Die Folge", sagt die "Hour", "hat bewiesen, daß Fürst Bismarck, statt dem jungen Könige einen Stein in den Weg zu legen, ihm im Gegentheil dadurch einen bedeutenden Dienst leistete, daß er ihn in den Stand setzte, sich von den Thaten seiner provisorischen Regierung loszumachen und unter dem Beifall seiner protestantischen wie seiner katholischen Unterthanen in Madrid einzuziehen. Im Übrigen ist es sehr erwünscht, daß keine Frage von ultramontanen Präventionen sich in die Verhandlungen mit Spanien, die sonst einer durchaus freundschaftlichen Erledigung fähig sind, einmischt. Es ist Deutschland in seinem Kampfe mit den Ultramontanen bitterer Ernst und unter solchen Umständen wäre es ein Unglück für Spanien wie für das übrige Europa, wenn sich die Ansicht festsetzen sollte, daß die neue spanische Regierung leicht die Hoffnungen der liberalen Partei in Deutschland stärken könnte."

## Tagesübersicht.

Bosnien, 22. Januar.

In der französischen Nationalversammlung ist's wieder einmal etwas bunt zugegangen. Wie ein pariser Telegramm unseres heutigen Mittagblattes mittheilt, ist der Entwurf der konstitutionellen Gesetze, welche der Abgeordnete Bentavon redigirt hat, gestern endlich zur Diskussion gelangt. Zunächst war es eine Rede des Chamberlain Carabon von Latour, welche den Sturm herausbeschwor. Gerichtet war dieselbe begreiflicher Weise gegen die Vorlage. Im Übrigen hat der offizielle Moniteur mitgetheilt, daß Mac Mahon demissioniren wolle, falls das republikanische Septennium, d. h. die Republik bis 1880, konstituiert werde. Zuvordest ist die Meldung wohl nur als Schreckschuß zu betrachten, um die Mitglieder des rechten Zentrums, welche in der neuesten Zeit unter Führung von Audiffret-Pasquier nach links abschwanken, zur alten Partei des 24. Mai wieder zurückzuführen. In dieser, der eigentlich bisherigen Regierungspartei hat der durch die Wahl in den Oberphrénen hervorgebrachte Schrecken

nun einen ganz neutralen modus vivendi walten zu lassen, wie er sich für die Situation des Angesichts eines wissenschaftlichen Gegners schickte, hat Herr Wagner, wie schon vorher erwähnt, Schulmeisterei und Polenik an meinen Schriften und gegen meinen Namen oft genug in seinen Vorlesungen zum Besten gegeben, während ich noch immer forschte, dies zu ignorieren, bis ich endlich zu der Ansicht gewungen wurde, daß Herr Wagner gegenüber einer offenen Klärstellung meiner Meinung über seine ethischen Präventionen nicht zu umgehen sei, zumal wenn ich in meiner neuesten Veröffentlichung nicht zugleiche alle Kathedersozialisten ganz weglassen und so eine für das Publikum wenigstens momentan nicht gleichgültige Lücke lassen wollte. Bei dieser Gelegenheit ist nun, um die Ironie einer Wagner'schen Manipulation gegen sein ethisches Prinzip hervorzuheben, auf den unvermeidlich irreführenden Titel seines Bandebuchs hingewiesen worden, welches sich als zweite Theilweis verbesserte Ausgabe giebt, während in der That ein zweiter Druck und eine zweite Auflage gar nicht vorliegt. Derartige Preßfahrungen in der Titelankündigung gelten als unanständig für einen Verleger und Geschäftsmann und sind daher doch wohl erst recht unziemlich für einen besonders ethisch sein wollenden Professor. Ist auch nicht Gewinn, sondern Eitelkeit das Motiv, den Schein einer zweiten Auflage für sich zu haben und dem Absatz nachzuhelfen, so habe ich ja auch gar nicht völlig qualifizierten Betrug im Sinne des Strafgesetzbuches angegedeutet, sondern nur eine unethische Täuschung und hierbei auch nicht einmal irgend ein gräßliches Wort gebraucht, sondern nur ironisch von einem Aufschiffen des Buches geredet. Ich habe die nackten Thatsachen sprechen und in ihnen selbst die Ironie hervortreten lassen. Wie weit ist nun nicht ein solcher Gebrauch subtiler Wendungen von der schwerfälligen Injuriensladung entfernt, mit welcher mich Herr Wagner und noch dazu in einem erkauften Interat in der "Börs. Ztg." überschüttete! Es ist also nicht meine energische Zurückweisung dieser Injurien der eigentlichen Skandal, sondern der offensche Träger des letzteren ist in dem Wagner'schen Schriftstück zu suchen. Für die Erörterung der sonstigen Umstände der ganzen Sache bleibt mir Angesichts der erwähnten Frist von 48 Stunden, die Sie mir, geehrter Herr Dekan, zugleich mit der Ankündigung eines Remotionsverfahrens gegen mich und einer sofortigen für den Versäumnissfall eintretenden Kontumazirung gestellt haben, offenbar keine Zeit.

Berlin, 17. Januar 1875.

Dühring.

Unterm 21. d. giebt die Redaktion der "Volks-Ztg." folgende Erklärung ab:

Ja unserm gestrigen Artikel: Der akademische Konflikt, seben wir uns veranlaßt zu erklären, daß die Veröffentlichung der Rechtfertigungsschrift, ohne Wissen und Willen des Herrn Dr. Dühring, aber auch ohne Verleihung der Diskretion unsererseits erfolgt ist, vielmehr auf ein Missverständnis der uns die Schrift übermittelnden Person zurückzuführen ist.

Die Redaktion der Volks-Zeitung.

Zugleich ist der "Nat. Ztg." von Herrn Prof. Wagner mit Bezug auf ihre auch von uns reproduzierte Notiz in dieser Angelegenheit folgendes Schreiben zugegangen:

Geehrter Herr Redakteur!

Berlin, den 20. Januar.

Ich bitte Sie um Aufnahme folgender Berichtigung einer mich betreffenden Notiz in Ihrem heutigen Morgenblatte:

1) Nicht ich habe Herrn Dr. Dühring angegriffen, sondern dieser Herr hat zunächst mich in der 2. Auflage seiner Geschichte der National-Oekonomie und gleich darauf in einem Vortrage vor Kaufleuten in einer bisher in Deutschland unerhörten Weise angegriffen,

vor der wachsenden Macht des Bonapartismus derart gewirkt, daß die Majorität des rechten Zentrums — und man sagt auf Berlassung des Grafen von Paris — sich blindlings in die Arme des linken Zentrums stürzte und die sepienalistische Republik acceptierte. Nun aber bezeugte das linke Zentrum keineswegs mehr Lust, sich nur auf die Konstituierung eines republikanischen Provisoriums einzulassen, sondern forderte definitive Konstituierung der Republik, so daß auch auf Basis der Konfession des rechten Zentrums eine Einigung bisher nicht erfolgt ist. Augenblicklich ist die Lage in Frankreich so wirr, wie fast nie zuvor, was bekanntlich viel sagen will.

In dem spanischen Parteiwesen bereiten sich nach Mittelungen, welche die "Post" aus Madrid erhalten hat, erhebliche Wandlungen vor, die zum Theil als Vereinfachungen gelten können. Für die Montpensieristen ist kein Platz, da das Haupt der Partei, die Herzogin von Montpensier, sich ihrem Neffen Don Alfonso angegeschlossen hat; füglich gehen sie nun wohl in den Alfonzisten auf. Dagegen neigt die Mutter des jungen Königs, je älter sie wird, immer mehr auf die Seite des Don Carlos. Finanzielle Interessen tragen dazu bei. Aber schon als Königin hatte Isabella in ihrer gesamten Richtung dienigen Institutionen vollständig verlungen, als deren Repräsentant, im Gegenseite zum Carlismus, ihr Name galt. Jetzt scheint sie auf dem Wege zu Don Carlos so weit vorgeschritten zu sein, daß eine Differenz höchstens seinerseits, nicht ihrerseits besteht. Um so weniger Aussicht dürfte Donna Isabella haben, jemals nach Spanien zurückzufahren. Auch scheint es darnach, als ob die Vermuthung, daß König Alfonso in die alten Thorheiten verfallen werde, denen die Mutter den Verlust des Thrones verdankt, nicht sehr nahe läge.

## Lokales und Provinzielles.

Bosnien, 22. Januar.

— Nachdem unsere Leser bereits im Donnerstag-Mittagblatt einen Parlamentsbericht über die Berathung des Antrages Taczanowski in unserer heutigen Morgennummer schon einen Leitartikel und Ausschaffungen von auswärtigen Blättern gelesen haben, findet man in polnischen Blättern erst heute (Freitag) Abend einige Aufschluß über diese Angelegenheit. Der "Dziennik Poznański" und die "Gazeta Toruńska" bringen einen kurzen Bericht über den Verlauf der Debatte und den Wortlaut der Rede des Herrn v. Taczanowski, ohne daran ein Raisonnement zu knüpfen. Der "Kurier Pozn." enthält eine Übersetzung des deutschen Parlamentsberichts und begnügt sich, ihn mit folgender kurzer Bemerkung zu begleiten:

"Der Antrag des Abg. v. Taczanowski hatte trotz der warmen und glänzenden Vertheidigung des Antragstellers und des Abg. Dr. v. Nieglewski dasselbe Schicksal, welches alle unsere gerechten Forderungen von den größeren oder kleineren Körperschaften Preußens oder Deutschlands erfahren: er wurde mit Hohn verworfen."

Der "Wiarus" benutzt den Umstand, daß das Zentrum für den Antrag gestimmt hat, zu folgendem Angriff:

"Das deutsch-lutherische Zentrum hat nur deshalb mit den Polen gestimmt, um sich deren Stimmen in Sachen des kirchen-politischen Kampfes zu versichern, aber — Gott behüte! — nicht aus Wohlwollen für unsere Sache."

Der "Dresden" enthält gleichfalls nur ein Referat über den Verlauf der Verhandlung, — verheißt jedoch wenigstens für die Zukunft weitere Kommentare dazu. Höchst bezeichnend für die Art, wie die Polen ihre eigenen Angelegenheiten besorgen, ist dabei folgende Aeußerung des Blattes:

ohne vor mir je im Geringsten irgendwo und irgendwie provoziert zu sein.

2) Ich habe geglaubt, diese ganz persönlichen, ehrenbürtigen Angriffe nicht ferner unbeachtet lassen zu dürfen, wähle aber absichtlich und aus Schönung für Herrn Dr. Dühring nicht den Weg, "Ihr bei der Fakultät zu klagen", sondern zog auf meine Verantwortung den Weg der Selbsthilfe vor. Ich gab daher vor meinen Bürgern und in der "Börs. Ztg.", wo ein Referat über jenen Vortrag des Herrn Dr. Dühring gefunden hatte, im Dezember v. J. eine motivierte Erklärung ab. In dieser legte ich die thatsächliche Unwahrheit der Angriffe dar und bezeichnete das Benehmen des Herrn Dr. Dühring allerdings mit einem starken, aber meines Erachtens verdienten Ausdruck. Meine Zuhörer haben mir in Folge dieser Vorfälle eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Adreß überreicht, in der sie mir ihre Entrüstung über die mir zugesetzten Insulten bezeugten.

3) Herr Dr. Dühring hat darauf seine Erwiderung in der "Berl. Börs. Ztg." gegeben, deren Ton und Inhalt mich jeder weiteren Beantwortung überhob.

4) Vollständig unabhängig von mir, auch ohne daß ich irgend etwas davon wußte, ist die Sache vom Ministerium vor Kurzem bei der philosophischen Fakultät abhängig gemacht. Letztere hat darüber in meiner Abwesenheit — ich hütte ohnedies in Folge heftiger Erfrankung das Haus seit 8 Tagen — verhandelt. Das Ergebnis ist mir unbekannt. Daß dem Herrn Dr. Dühring nicht auf meinen Wunsch, sogar gegen denselben, die venia legendi entzogen würde, folgt schon aus dem von mir gewählten Wege der Selbsthilfe in Sachen einer mir zugesetzten schweren Injuria.

Hochachtungsvoll

Prof. Dr. A. Wagner.

\* Der Lustspieldichter G. v. Moser fährt fort, seine größten Lieder zuerst auf dem götterlichen Stadttheater zur Aufführung zu bringen, das gegenwärtig unter der Leitung des Direktors v. Götz steht, welcher Jahre lang das heidelberger Theater geleitet hat. Mosers diesjähriges größeres Lustspiel führt den Namen "Der Beilchenfreßere", was soweit bedeutet soll als "Der Süßholzraspler". G. v. Moser hat den Titel der "Komödie", so nennt er sein Stück dießmal — vielfach geändert, ist aber schließlich auf den ersten Titel zurückgekommen. Das Stück ist ebenso wie sein "Ultimo" sehr lange fertig in des Dichters Händen gewesen, der mit peinlicher Sorgfalt an demselben herumgefegt und dabei immer wieder von Neuem einzelne Szenen geändert, manche gestrichen und neue zugefügt hat. Am Montag Abend kam es nun endlich zum ersten Male im götterlichen Theater zur Aufführung. Das Stück, welches sich durch hübsche Diction auszeichnet, fand eine weniger warme Aufnahme, als das "Stiftungsfest" und "Ultimo"; doch steigerte sich der Beifall von Alt zu Alt. Reich an komischen Situationen ist der dritte Akt, der drollige Nekrutenzen vorführt. Das Stück spielt durchweg in militärischen Kreisen. Vom breislawer Stadttheater und vom dresdener Hoftheater waren die Bühnenleiter erschienen, um sich ein Urteil über das Stück zu verschaffen. An beiden Bühnen ist es zur Aufführung angenommen worden.

\* Ein wenig früh. Das Laster der Trunksucht hat am 13. d. M. in Gröbig ein sehr jugendliches Opfer gefordert, indem der erst 7 Jahre zählende Sohn eines dortigen Tagelöhners an den Folgen übermäßigen Brautweingeistes verschieden ist.

"Mit dem Antrage wurde auch ein Schriftstück, welches dessen Notwendigkeit motiviert, unter die Reichstagsmitglieder vertheilt. Den Inhalt dieses Schriftstücks können wir jedoch nicht mittheilen, denn mit Ausnahme von geringen Einzelheiten haben wir über dasselbe nirgends etwas gelesen, noch haben wir es selbst zur Hand."

Mit diesem "Schriftstück," von welchem der "Dredownit" hat läuten hören, sind die dem Antrage beigedruckten "Motive" gemeint, aus denen wir am 13. d. M. in unserem Leitartikel das Wesentliche mittheilten. Danach scheint die Vermuthung, welche wir vor acht Tagen gegen den "Dziennit" aussprechen, daß er den Antrag und seine Motive gar nicht gelesen zu haben scheint, begründet zu sein. In Wahrheit hat die polnische Presse über die spezifisch polnische Angelegenheit ins Gesamt weniger Aufschluß gegeben als die "Posener Zeitung." Die polnischen Blätter widmeten dem Taczanowskischen Antrage auf Abstellung der "bestigen Verfolgung des polnischen Elements" fast so wenig Aufmerksamkeit als allen anderen Angelegenheiten des Reichstags und des preußischen Landtags. Darf man unter solchen Umständen wirklich glauben, daß die polnischen Abgeordneten — wir sagen nicht: das polnische Volk, sondern auch nur — die gebildete Bevölkerung polnischer Zunge hinter sich habe? Und was soll man von Abgeordneten denken, welche so wenig Fühlung mit ihrer Presse haben, daß sie den Blättern der eigenen Richtung nicht einmal den Antrag nebst Motiven zufinden?

— Bekanntlich hatte sich eine Anzahl der Parochianen von Xions mit einem Proteste gegen die Ernennung des Propstes Kubecak an den Kultusminister gewandt. Dieser Tage ist nun in Xions eine Antwort des Ministers des Inhalts eingegangen, daß Dr. Kubecak rechtmäßiger Propst von Xions sei und der gegen ihn im Namen eines nicht anerkannten geistlichen Vorgesetzten ausgesprochene Bann ihm diesen Charakter nicht bemecken kann.

— Wegen verweigerter Zeugenaussage in Sachen des päpstlichen Delegaten ist am 19. d. der Dekan Palzowicz von Rogasen verhaftet und in das Gerichtsgefängniß zu Rogasen zur Abfützung einer sechswöchentlichen Haft abgeführt worden. Die Zahl der in Sachen des Geheimdelegaten verhafteten Delane beläuft sich nunmehr auf 14.

— Der Poststrath Schulz hier selbst ist zum Ober-Poststrath ernannt und demselben die zweite etatsmäßige Ober-Poststrathsstelle bei der hiesigen Ober-Postdirektion übertragen worden.

— Der Verein zur Prämierung treuer weiblicher Dienstboten hielt am 20. d. M. im Magistratsitzungs Saale seine Generalversammlung ab. Zunächst erstattete der Vorsitzende, Professor Dr. Tiesler, den Verwaltungsbericht über das Jahr 1874; es ergab sich daraus, daß der Verein gegenwärtig 302 Mitglieder zählt und im verflossenen Jahr im Ganzen 143 Thlr. unter 49 Dienstboten als Prämien vertheilt hat. Hierauf legte der Rendant des Vereins, Oberlehrer Dr. Laves, Rechnung und wies einen Lassenbestand von 370 Thlr. nach. Dieser wurde von drei, aus der Versammlung gewählten Mitgliedern geprüft und richtig befunden, und demgemäß dem Rendanten Decharge ertheilt. Es entspans sich darauf eine längere Debatte über die Höhe der diesjährigen Prämierungssumme. Der Vorstand nämlich, auf Anfahrtung eines größeren Reservefonds bedacht, hatte auch in diesem Jahr nur 150 Thlr. zur Vertheilung vorgeschlagen, die Versammlung aber trat in ihrer Majorität dem Vorschlage des Justizrats Pilek bei, daß dem Vorstand in diesem Jahr eine größere Summe, und zwar nötigenfalls bis zur doppelten Höhe zur Vertheilung und die Art der Vertheilung ganz dem Ermessen derselben anheimgestellt werde. Schließlich wurde der bisherige Vorstand durch Aufflammung wieder gewählt und die durch das Auscheiden dreier Mitglieder (Stadtrath R. Schmidt, Kaufmann Friedmann, Bautechniker Drewitz) entstandene Lücke durch die Wahl des Stadtraths Garfe, Kaufmann R. Kantorowici, Professor Henzel ergänzt.

— Im Volksgartentheater findet am Montag zum Benefiz für die Sängerin Krl. F. Cosenza eine Aufführung der komischen Oper "Die verwechselten Frauen oder der lustige Schuster" von Knauer dem Komponisten des einst beliebten "Donauweibchen", statt. Die Oper, welche sich an Mozart anlehnt, ist neuerdings wieder dem Repertoire verschiedener Bühnen einverlebt worden.

— Birnbaum, 21. Januar. [Trichinosis. Wahl.] In der Familie Dier hier selbst erkrankten vor einigen Tagen Mann, Frau und mehrere Kinder. Aus den vorhandenen Symptomen glaubte der behandelnde Arzt, Kreisphysikus Dr. Hartwich, auf Trichinosis schließen zu müssen, welche Vermuthung sich vollständig bestätigte, indem unserer Apotheker Reinhard bei der mit den Resten der Wurst — sogenannte polnische Bratwurst — vorgenommenen mikroskopischen Untersuchung zahlreiche Trichinen darin nachwies. — In Stelle des verstorbenen Kaufmanns L. Brusch ist von unsern Stadtverordneten der Kaufmann H. Fuchs zum Rathmann gewählt worden.

### Ein neuer Zweig der Hopfen-Industrie.

Ferdinand Dieffenbach schreibt im "Frankfurter Journal": Im vergangenen Jahre veröffentlichte ich im "Frankfurter Journal" einen Aufsatz über die Vermindung des Bitterstoffes der Herbstzeitlose an Stelle des Hopfenbitters. Der Artikel hat damals nicht geringe Sensation hervorgerufen und beinahe durch die ganze Presse die Runde gemacht. Meine damaligen Angaben haben seitdem sowohl durch die in Wien und Berlin gemachten Entdeckungen, als auch durch die Mitteilungen der hessischen Lokalpresse, nach welchen das Geschäft des Goldicum-Einnahmens mit ungeschwächten Kräften im vergangenen Frühjahr fortbetrieben wurde, Behauptung erhalten. Wir finden dieses auch völlig erklärlich. Der Hopfen, welcher gegenwärtig produziert wird, den Bedarf der Bierfabrikation (im Westen und Süden Deutschlands) kaum zu einem Drittel; so lange aber der vorhandene Hopfen diesen Bedarf nicht deckt, wird der Beitrag nach Mitteln suchen, das Hopfenbitter durch einen anderen ähnlichen Bitterstoff zu ersetzen. Als das sicherste Mittel, diesen Ausschreitungen Seitens der Betheiligten entgegen zu wirken, erscheint uns, so lange nicht durch Anlage neuer Hopfenpflanzungen dem gegenwärtigen Bedarf entsprechende Hopfenernten in Aussicht stehen, eine rationelle Ausnutzung des vorhandenen Hopfens beim Brauereibetrieb und eine durch die Interessen ausgelöste Kontrolle des Hopfenhandels, der gegenwärtig völlig der Willkür der Spekulanten anheimgegeben ist. Zu beiden ist die Anregung aus dem neuen Reichslande, aus dem durch keinen ungeheueren Hopfenbau berührten Unter-Elsasse, ausgegangen.

Die rationellere Ausnutzung des Hopfens beruht auf folgenden Prinzipien:

Unter den Schuppen der weiblichen Hopfenblume (der Hopfen gehört zu den Gewächsen, bei welchen sich die männlichen und die weiblichen Blüten auf zwei verschiedenen Pflanzen befinden), sowie auf dem Fruchtanthen, ruht in der Reife ein 10 höchstes, hariges Mehl, von gewöhnlichem Geruch, das sogenannte Lupulin. Unter dem Mikroskop gleicht ein Körnchen dieses Mehls einer Eichel und ist gleich dieser aus zwei Theilen zusammengesetzt. Der untere Theil, eine sekretirende schlüsselähnige Drüse (cupula genannt), ist der Sitz des zweiten Theils; dieser zweite Theil, aber erscheint als ein der Eichelröhre ähnliches dünnes Blättchen (cuticula) und umfaßt die Erzeugnisse der Sekretion, die Hopfenessen.

Die letztere ist eine farblose, aromatische, höchst flüchtige Flüssigkeit, welche wieder aus zwei Theilen besteht, dem eleoopen (C<sup>o</sup> H<sub>8</sub>) und dem stearopen (C<sub>18</sub> H<sub>32</sub> O), letzteres ein dem Amyloxyd hydrat ähnlicher Körper, welcher sich auch gleich diesem durch die Oxydation in Valeriansäure verwandelt.

Diese Essenz ist es, welche wir hier und da in manchen feinen Bieren wahrnehmen, und die ihnen das so seltene und so verführerische Aroma verleiht, welches die gewöhnlichen Biere entbehren. Die

Ursache, warum nicht jedes Bier diesen eigenhümlichen Wohlgeschmack besitzt, erklärt sich durch den Brau-Prozeß und durch das in den Augen eines jeden Chemikers plumpere Verfahren, welches bei der Behandlung des Hopfens beobachtet wird. Die Essenz wird nicht allein durch das beuß Aufbewahrung des Hopfens in Anwendung gebrachte Schwefelsäure zerstört, sondern sie geht auch bei ungefährtem Hopfen schon zum Theil durch das Trocknen verloren und wird durch das Kochen des Hopfens ganzlich verflüchtigt.

Es ist daher von dem Chemiker August Breithaupt zu Hagenau im Elsass, der sehr bedeutender Hopfenpflanzungen ist, auf Grund mehr als sechzehnjähriger Versuche bei denen ich selbst zum Theil gegenwärtig war und die ich so zu sagen von ihren Anfängen an verfolgte, eine neue Behandlung des Hopfens angeregt worden, welche dessen bessere Ausnutzung zum Zwecke hat.

Derselbe bereitet zunächst eine chemisch-reine Hopfenessenz, von welcher schon 10 Troyen genügen, um einem Hektoliter Bier das feinste Hopfenbouquet zu verleihen. Ebenso bereitet es als Zusatz und zur Verbesserung der Biere einen reinen Hopfenextrakt. Beide Substanzen eignen sich vorzüglich zu überreichen Sendungen und gestatten zugleich, da man sie jahrelang aufbewahren kann, günstige Handelskonjunkturen zu benutzen und in guten Jahren für die Schäfchen zu sammeln. Zugleich wird die schädliche Wirkung des Schwefels, welches die Hopfenessenz in Valeriansäure verwandelt und durch welche das Bier Theile von Schwefelsäure mit sich führt, vermieden.

Ferner haben die Versuche Breithaupts ergeben, daß, wenn das ätherische Hopfenöl, das Haupthindernis der Haltbarkeit des Hopfens, auf chemisch-mechanischem Wege vom selben getrennt wird, der Hopfen, der hierdurch an seinem Bitterstoff nichts verliert, gepreßt und luftfest verschlossen jahrelang aufbewahrt werden kann.

Der rationale Weg zur Ausnutzung des Hopfens besteht also darin, das Hopfenöl von dem Hopfen zu trennen und bei Verkauf derselben in hermetisch verschlossenen Flaschen die Hopfenessenz, welche nach Beendigung des Brauprozesses dem Bier zugesetzt wird, hinzuzufügen.

Die Bierbereitung mittels des entzöten Hopfens ist ganz dieselbe wie mit anderem, es genügt jedoch zu weniger anzuwenden. Das noch dieser (bereits in der Altenbrauerei zu Reichshofen und in der Schlossbrauerei daselbst eingewandten) Methode gebraute Bier ist ganz vorzüglich und von trefflichem Arom, und hatte ich selbst Gelegenheit, eine größere Gesellschaft durch eine Probe Bock-Ale hier von zu überzeugen.

Dennächst soll dieses Bier in mehreren Städten Süddeutschlands debüttieren und wird sich dann die neue Methode hoffentlich bald allgemein Eingang verschaffen. Breithaupt hat für sein Verfahren auf der Wiener Ausstellung die Verdienst-Medaille erhalten und eine Reihe von Fachmännern, unter welchen wir Prof. Dr. Lindner von der Brauergesellschaft zu Weihenstephan und Dr. Lehmann, Direktor der Brauergesellschaft zu Worms erwähnen, hat sich günstig über sein Verfahren ausgesprochen. Auch in den Tropen soll dasselbe erprobt werden und wurde vor kurzem, als ich seine Fabrikation in Augenschein nahm, eine Sendung Hopfenessenz und Extrakt nach Palermo abgefertigt.

Der unter Mitwirkung von A. Breithaupt von Hagenau aus angelegte reelle Betrieb des Hopfenhandels besteht darin, daß für zu sorgen, daß der Elsässer Hopfen in Zukunft überall als Elsässer Hopfen und nicht die feine Ware, damit der Hopfenhändler einen größeren Gewinn macht, wie früher als "Römischer", "Spalter" und "Sauer" Hopfen verkauft wird. Der Käufer wird hierdurch nicht getäuscht, der Hopfenpflanzer wird in Zukunft den reellen Werth seines Werkes erhalten und Elsässer Hopfen sich das Ansehen auf dem Markt erlangen, welches ihm gebührt. Ein Komitee, welches sich zu diesem Zwecke in Hagenau gebildet hat und zu welchem Bürgermeister Nessel, Wan derlicher Herr Berg, Kreisdirektor Sittel, A. Breithaupt und Anderer gehören, ist fest entschlossen, dem Treiben der Hopfenmäuler im Unter-Elsass mit allen Kräften zu begegnen. Hoffen wir, daß diese Bestrebungen auch diesseits des Rhins Unterstützung und Anerkennung finden.

### Wissenschaft, Kunst und Literatur.

H. Aus der neuen Postordnung, welche am 1. Januar c. in Kraft getreten ist, giebt ein der Elwin Stauder in Berlin erschienenes Heftchen den Auszug der wichtigsten Bestimmungen für Postsendungen. Der Preis des klar und praktisch arrangirten kleinen Werkes beträgt nur 25 Pfennige. Vorgedruckt sind demselben die neu eingeführten posttechnischen Berechnungen, welche unsern Lesern bekannt sind. Es folgen nun die Bestimmungen über das Weißgewicht der Postsendungen, über Wertangaben, Verschluß, Werthendungen, Postkarten, Verbindung von Drucksachen und Waarenproben, über Einschreibesendungen, Postanweisungen, Vorschriften, Postauftragsbriefe, Aufstellungen, über Briefe mit Behändlungs-Scheinen, über Briefbestellung überhaupt und die Portofäße. Eine recht übersichtliche Zusammenstellung der neuen Posttarife in Reichsnährung ist ferner bei Wilhem Rommel in Frankfurt a. M. erschienen. Diese ist hauptsächlich für das Comptoir geeignet und enthält auf einer Seite Großtarifformat alle Anahen der Postfäße für den inländischen und ausländischen Verkehr. Diese Tariftafel kostet gleichfalls nur 25 Pfennige.

\* Bahnpolizei-Reglement und Signal-Ordnung für die Eisenbahnen Deutschlands. Bogen 4. Januar 1875. Hiervon sind korrekte und sehr lesbare Ausgaben im Verlag der Königl. Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei (R. v. Decker) erschienen. Bahnpolizei-Reglement mit Abbildung des Normalprofils des leichten Raumes c. in ll 8° geheftet. Preis 25 Pf. Dasselbe tritt mit dem 1. April 1875 in Kraft. Signal-Ordnung nebst Abbildungen in ll. 4° geheftet. Preis 20 Pf. Dieselbe tritt ebenfalls mit dem 1. April 1875 in Kraft.

\* Die am 22. d. erschienene Nr. 4 der von Dr. Guido Weiß herausgegebenen politisch-literarischen Wochenschrift "Die Wage" enthält: Eine Unterhaltung bei der Gräfin Albany. (Schluß.) — Jeremia Sauerländer und Johannes Scherr. — Die Religion. Von A. Dost. — Neue Bücher.

### Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Börsen-Handelsverein. In einer dieser Tage stattgefundenen Sitzung des Aufsichtsrathes wurde die Dividende für das Geschäftsjahr 1874, vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung auf 5 Prozent festgesetzt. Es stand allerdings ein nicht unbeträchtlich höherer Gewinnüberschuß zur Verfügung, doch wurde, Angesichts des Umstandes, daß der Börsen-Handelsverein eine Fortsetzung an die in Konkurrenz befindliche Eisenbahn-Baugesellschaft Pleßner hat, die Vertheilung der erwähnten geringeren Dividende und die Reserveverlegung des unverhältnismäßig hohen Gewinnes befohlen. Von dem gleichen Gesichtspunkte ausgehend, leistten auch die Mitglieder des Aufsichtsrathes in hoher Weise auf die ihnen statutarisch zustehende Tontiefe ebensoviel zu Gunsten jener Reserveverlegung Beiträge. Interessant ist vielleicht die Mitteilung, daß der "Hertel'sche Coursbericht," welcher bekanntlich ein Bestobjekt der Gesellschaft bildet und in der vorjährigen Bilanz, nachdem erhebliche Abschreibungen gesetzelt waren, nur noch mit 135.000 Thlr. figurirt, ein Erträgnis von 23.000 Thlr., also über 17 Prozent seines Buchwertes erbracht hat. Die Einberufung der Generalversammlung wird dem "Börs. Cour." zufolge in Kürze erfolgen.

\*\* Dividenden von Bauten. Die Kieler Bank wird, nach einem in der am Dienstag stattgehabten Aufsichtsratssitzung gefaßten Besluß, für das Geschäftsjahr 1874 eine Dividende von 21 Pf. per Aktie = 8% p. C. geben. — Der Aufsichtsrath des Leipziger Cassenvereins beschloß in seiner am Mittwoch stattgefundenen Sitzung der General-Versammlung die Vertheilung einer Dividende für das Jahr 1874 von 7% = 108 M. per Aktie vorzuschlagen.

\*\* Die sächsischen Deputationen in Sachen des Bankgesetzes. Die Deputation der dresdner Handelskammer, welche in Betreff des Bankgesetzes eine Audienz bei dem Reichskanzler Fürst

Bismarck nachgesucht hatte, ist, nach dem "Lpz. Tagl.", vom Fürsten nicht empfangen worden und hat daher gestern, am 20. d. M., unverrichteter Sache wieder nach Dresden zurückkehren müssen. Das zuirende Blatt hofft, daß die gestern Abend von Leipzig abgereiste Deputation, welche sich auch der Bürgermeister Dr. Koch angeschlossen, in der Sitzung ihrer Aufgabe glücklich sein werde.

\*\* Rumänische Eisenbahnen. Auf die Anfrage eines Besitzers von Rumänischen 8-proc. Stamm-Prioritäts-Aktien bei der Direktion der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft, ob in dem Falle, daß die Genehmigung zur Ausgabe von Hypothekar-Obligationen nicht erreicht würde, auch die Binsen für die Stamm-Prioritäten zur Abzahlung der schwebenden Schuld würden verwendet werden, oder ob für dieselben die Binsen nach wie vor gezahlt werden, ist, wie die "R. B. Btg." schreibt, ein Bescheid wörtlich dahin ertheilt worden: "daß die Dividende der Stammprioritäts-Aktien nach wie vor statutär mäßig gezahlt werden wird."

### Vermischtes.

\* Düsseldorf, 18. Januar. [Glückliche Gewinner.] Verschiedene Bürger von hier wurden mit Gewinnen der Kölner Dombau-Lotterie belohnt. Ein siebzig bedürftiger Mann bekam drei Lotte, von welchen das eine mit 10.000, das zweite mit 1000 Thlr. bedacht wurde. Ferner fielen in die Kölleste des Herrn Rings vierzig verschiedene Gewinne, so daß Düsseldorf in diesem Jahre vom Glück begünstigt worden ist.

\* Dortmund, 19. Jan. Der Reichskanzler Fürst Bismarck hat sich, laut der "W. B.", bereit erklärt, die Widmung derjenigen Komposition anzunehmen, welche von den Preisrichtern der dortmunder Bismarck-Preis-Hymnen-Konkurrenz gefordert werden wird. Als Motiv der Nutzung in diesem außergewöhnlichen Falle wird die Hoffnung hingestellt, daß die Preiskomposition mit anderen Liedern zur Hebung und Erhaltung des Patriotismus im Volke wirken werde. Die Entscheidung ist übrigens wohl noch so gar nahe; mit der Wahl von der vorläufig zur Wahl überhaupt herausgeführten Arbeit — etwa des zehnten Preisrichters — ist augenblicklich der dritte von den sechs Preisrichtern beschäftigt.

\* Wien, 19. Januar. Die wölf Isabellen, welche die Wittwe des Kurfürsten von Hessen dem Kaiser zum Geschenk macht, sind heute früh mit dem Personenzug der Staatsbahn von Prag in Wien eingetroffen. Groß Grünne war bei dem Empfang anwesend und räumte den prächtigen Thieren im rückwärtigen Trakte des Hofstallgebäudes einen besondren Stall ein.

\* Pulu-Anleihe. Den wiener informirten Tageblättern (nicht etwa den "Wespen" oder dem "Kladderadatsch") zufolge negozierte die Exlaiferin Eugenie durch die Finanzagenten des Prinzen von Wales eine Anleihe von 90 Millionen (!!) Francs. Der Exlaiferprinz unterzeichnete die Schuldnoten. Die Bonapartisten sind bekanntlich durch den Sieg ihres Kandidaten Cæsar wieder sehr ermutigt und sprechen offen aus, daß in wenigen Monaten Napoleon I. V. nach Frankreich zurückberufen sein werde. Mit Bestimmtheit wird übrigens demnächst das Erscheinen eines Manifestes seitens des kaiserlichen Prinzen erwartet.

### Briefkassen.

B. in K. Alle diejenigen, welche eine Anstellung bei den königlichen Gärten bei Berlin, Potsdam etc. nachsuchen wollen, müssen den Nachweis führen, daß sie den vorschriftsmäßigen Kursus an der herzlichen Gärtnerei-Lehranstalt, die in dem botanischen Garten in Schönberg bei Berlin verbunden ist, durchgemacht haben. Früher reßtirte die Anstellung an diesen Gärten von dem Generaldirektor der königlichen Gärten, Lenné, und für die diese Befugnis nach dem Tode desselben auf dessen Nachfolger, Generaldirektor Bülow übergegangen sein. — In Betreff der anderen Frage, wie der Fischerei-Direktor in Hünningen (Elz) heißt, empfehlen wir Ihnen, sich an die "Straßburger Ztg." zu wenden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Bözen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 22. Januar. In der heutigen Herrenhausitzung wurde auf Ersuchen des Herrnhauptrapräidenten die eingegangene schriftliche Mitteilung des Militärkabinettes v. Albedell verlesen, woraus hervorgeht, daß die vom Fürsten Putbus nachgesuchte Einleitung des ehrengerechtlichen Verfahrens wegen aufgetauchten Zweifel über die Kompetenz des Offiziers — Ehrengerichts zur Aburtheilung von mit dem Offiziererstellung nicht zusammenhängenden Handlungen zu Anfang beanstandet, nach wiederholten Besuchen des Fürsten Putbus, welche die obwaltenden Bedenkentheile schwächtigten, indeß gestattet wurde, das Militärgericht sei nicht in der Lage, des Fürsten Thätigkeit nach allen Richtungen kompetent zu beurtheilen, es habe seine Thätigkeit auf die den Offizierstandpunkt wesentlich berührenden Fragen zu beschränken, ob eine persönliche Vereicherung stattgefunden und ob Putbus eine solche in ehrengerichtlich zu rügender Weise angestrebt. Das Ehrengericht habe beide Fragen verneint und demzufolge Putbus freigesprochen. Der übrige Verlauf der Sitzung war ohne besonderes Interesse.

Berlin, 22. Januar. Der Reichstag erledigte die ersten elf Nummern der Tagordnung. Das Landsturmgesetz passirte die dritte Lesung, das ganze Gesetz wurde nach den Beschlüssen der zweiten Lesung bei der schließlichen Namensabstimmung mit 198 gegen 82 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten nur das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Elsässer und Sonnemann. Die Resolution Dunder's auf gesetzliche Regelung der Unterstützung für Landwirtfamilien wurde ebenfalls angenommen. Das Gesetz über die Ausübung der Militärkontrolle über Personen des Urlaubenstandes wurde debattierlos angenommen. Die Gesetzvorlage über den Anlauf des Radikal'schen Grundstücks für das Reich wurde unter Ablehnung des Dunder'schen Antrages auf Verweisung an eine Kommission und der Auslieferungsvertrag mit Belgien sämmtlich in dritter Lesung angenommen. Morgen findet die dritte Lesung des Zivilgesetzes statt.

Madrid, 22. Januar. Die Karlisten drohen, falls Karauz beschossen wird, mit Gewaltthaten gegen die dortigen Deutschen: Captain Zeplien und einige Matrosen der Brigag "Gustav." Die Regierung beanstandet vorzugehen aus Rücksicht auf die Lebensgefährdung der Deutschen in Karauz.

**Bekanntmachung.**

Die hiesige Stadtsekretärstelle mit einem Gehalt von 150 Thlr. jährlich erl. einer widerruflichen persönlichen Bulage von 20 Thlr. wird zum 1. Februar c. vorant. Qualifizierte Bewerber wollen sich sofort bei uns melden.  
Neustadt b. Pinne, d. 20. Jan. 1875.

Der Magistrat.

**Bekanntmachung.**

In unserem Bureau ist die kündbare Stelle eines

**Registrators**

somit zu bezeigen. Gehalt 180 Thlr.; bei zufriedenstellenden Leistungen auch mehr. Kenntniß der polnischen Sprache erwünscht.

Qualifizierte Bewerber wollen sich unter Vorlegung ihrer Zeugnisse und Lebenslaues

bis zum 28. d. Mts.

bei uns melden.

Pleschen, den 18. Januar 1875.

Der Magistrat.

**Bekanntmachung.**

Die Königliche Regierung zu Posen hat zu der am 17. Dezember v. J. stattgehabten Verpachtung der Hebstelle

**Schwakowo**

— Schröda — Schrimmer Provinzial-Chausse — den Burchlag nicht erhobt. Zur anderweitigen Verpachtung vorbezeichnete Hebstelle ist daher ein neuer Auktionstermin auf

Freitag,

den 5. Februar d. J.

Vormittags 11 Uhr.

im Bureau des hiesigen Landratsamtes anberaumt worden, zu welchem Pachtzeit eingeladen werden.

Die Pachtbedingungen können in der landrätlichen Registratur während der Dienststunden eingesehen werden.

Nur dispositionsfähige Personen, welche eine Kautioon von 100 Thlr. deponirt haben, werden zum Bieten zugelassen.

Schroda, den 13. Januar 1875.

Der Königl. Landrat.

J. V.

Schmidt,

stellv. Kr.-Secretär.

**Handels-Register.**

Es ist eingetragen:

1) in unser Gesellschaftsregister bei Nr. 231: die Handelsgesellschaft Weinhagen, Genthes & Co., deren Sitz in Posen und deren Gesellschafter der Kaufmann Eduard Weinhagen und Hermann Genthes zu Posen waren, ist durch den Tod des Mitinhabers Hermann Genthes aufgelöst und die Firma erloschen;

unter Nr. 256 die in Posen unter der Firma Nehab & Selka am 10. Januar d. J. errichtete offene Handelsgesellschaft und als deren Gesellschafter:

1) der Kaufmann Philipp Nehab,  
2) der Kaufmann Mendel Selka.

Beide zu Posen, in unser Firmenregister unter Nr. 1556 die Firma Eduard Weinhagen, Ort der Niederlassung Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Eduard Weinhagen zu Posen, zufolge Verfügung vom 14. Januar 1875 am heutigen Tage.

Posen, den 15. Januar 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

**Bekanntmachung.**

Zu unser Genossenschaftsregister ist unter Nr. 2 bei der dajelbst eingetragenen Gräzer Diskontogesellschaft zu Grätz (eingetragene Genossenschaft) in der Kolonne „Rechtsverhältnisse der Genossenschaft“ Folgendes eingetragen worden:

Am dem 28. Dezember 1874 resp. 9. Januar 1875 abgehaltenen Generalversammlung der Gräzer Diskontogesellschaft zu Grätz (eingetragene Genossenschaft) ist als Kassirer derselben an Stelle des ausgeschiedenen Apothekers Emil Rupprecht,

der Kaufmann Victor Greiffenberg zu Grätz, gewählt worden.

Eingetragen zufolge Verfügung vom 19. Januar 1875 am selbigen Tage.

Alten über das Genossenschaftsregister Beilageband I, Seite —

gez. Harder,

Sekretär.

Grätz, den 19. Januar 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

**Bekanntmachung.**

Der von A. W. Berger & Co. zu Waldenburg i. Schl. an eigene Ordre ausgestellte und auf J. Thom zu Posen gezogene, von diesem acceptirte Wechsel über 1851 Mark 60 Pf. Reichsb. Währ. d. d. Waldenburg i. Schl. den 1. November 1874 ist auf der Posttour von Posen nach Waldenburg i. Schl. angelich verloren gegangen.

Der unbekannte Inhaber dieses Wechsels wird demnach aufgefordert, denselben spätestens bis zum

4. September 1875

dem unterzeichneten Gerichte vorzulegen, widdrigfalls der Wechsel für kraftlos erklärt werden wird.

Posen, den 28. November 1874.

Königliches Kreisgericht,

Abtheilung für Civilsachen.  
gez. Kleinow.

**Konkurs-Eröffnung.**

Königl. Kreisgericht zu Gnesen,

I. Abtheilung.

den 18. Januar 1875, Nachm. 6 Uhr.

Über das Vermögen des Schneidermeisters Philip Landowicz zu Gnesen ist der kaufmännische Konkurs im abgekürzten Verfahren eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 15. Januar 1875 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Fasse ist der Kaufmann Adolph Werner hier bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 29. Januar 1875,

Vormittags 11 Uhr,

in unserm Instruktionszimmer vor dem Kommissar Kreisrichter Herrn Busse anberaumt werden, zu welchem Pachtzeit eingeladen werden.

Die Pachtbedingungen können in der landrätlichen Registratur während der Dienststunden eingesehen werden.

Nur dispositionsfähige Personen, welche eine Kautioon von 100 Thlr. deponirt haben, werden zum Bieten zugelassen.

Schroda, den 13. Januar 1875.

Der Königl. Landrat.

J. V.

Schmidt,

stellv. Kr.-Secretär.

**Handels-Register.**

Es ist eingetragen:

1) in unser Gesellschaftsregister bei Nr. 231: die Handelsgesellschaft Weinhagen, Genthes & Co., deren Sitz in Posen und deren Gesellschafter der Kaufmann

Eduard Weinhagen und Hermann Genthes zu Posen waren, ist durch den Tod des Mitinhabers Hermann Genthes aufgelöst und die Firma erloschen;

unter Nr. 256 die in Posen unter der Firma Nehab & Selka am 10. Januar d. J. errichtete offene Handelsgesellschaft und als deren Gesellschafter:

1) der Kaufmann Philipp Nehab,

2) der Kaufmann Mendel Selka.

Beide zu Posen, in unser Firmenregister unter Nr. 1556 die Firma Eduard Weinhagen, Ort der Niederlassung Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Eduard Weinhagen zu Posen, zufolge Verfügung vom 14. Januar 1875 am heutigen Tage.

Posen, den 15. Januar 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

**Bekanntmachung.**

In unser Firmenregister ist sub Nr. 134 die Firma:

Amandus Czapski

und als deren Inhaber der Kaufmann

Amandus Czapski zu Bütz zu folge Verfügung vom heutigen Tage eingetragen worden.

Grätz, den 8. Januar 1875.

Königliches Kreisgericht.

**Bekanntmachung.**

Der Aufnahmeschein des verstorbenen Lehrers Andreas Roessler zu Lache, Kreis Bonn, Nr. 117 ist angeblich verloren gegangen. Rechtliche Ansprüche auf die Versicherungssumme von 200 Thlr. sind bei dem Vorsitzenden des Vereins, Herrn Rector Dech, Breslauerstraße 16, bis zum 2. Februar c. geltend zu machen.

Posen, 22. Januar 1875.

Das Direktorium des Lehrer-

Sterbekassenvereins des Groß-

herzogthums Posen.

**Nothwendiger Verkauf.**

Das den Sattlermeister Carl und Anna Auguste Conrad'schen Geleuten gehörige, zu Gnesen unter Nr. 283 belegene Grundstück, das mit einem Nutzungswerte von 705 Mark auf Gebüdessteuer veranlagt ist, soll in

den 11. Februar c.,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle verkauft und das Urteil über die Ertheilung oder Verzagung des Zuschlags nach Abschaltung des Termins sofort verkündet werden.

Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenchein, Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachschlussergebnisse, deren Einreichung jedem Subhastations-Interessenten gestattet ist, in gleichen etwaige besondere Bedingungen können im Bureau III. eingesehen werden.

Gleichzeitig werden alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirkamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch befürfende, aber nicht eingetragene Rechte geltend zu machen haben, aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Prüfung spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Gnesen, den 15. Januar 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Substations-Richter.

Busse.

**Bekanntmachung.**

In unser Genossenschaftsregister ist unter Nr. 1. betreffend die Genossenschaftsbank zu Neutomysl (eingetragene Genossenschaftsbank) in der Kolonne „Rechtsverhältnisse der Genossenschaft“ zu folge Verfügung vom 7. Januar 1875 folgendes eingetragen worden.

In der am 6. Dezember 1874 abgehaltenen Generalversammlung der Genossenschaftsbank zu Neutomysl sind die bisherigen Vorstandsmitglieder, nämlich:

1. der Maurermeister Wilhelm Luk als Direktor

2. der Kaufmann Wilhelm Peikert als Kassirer,

3. der Kaufmann Ernst Pepper als Kontroleur

sämtlich zu Neutomysl, von Neuem zu Vorstandsmitgliedern gewählt worden.

Eingetragen zufolge Verfügung vom 7. Januar 1875 am selben Tage.

Alten über das Genossenschaftsregister

Beilageband I. Seite —

ged. Harder,

Grätz, den 7. Januar 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

**Zur Beachtung!**

Im allgemeinen kaufmännischen Interesse:

Alle diejenigen Herren, Fabrikanten und Kaufleute, welche mit dem Herrn Raphael Ephraim in Posen geschäftlich zu thun haben und wissen, daß dessen Schwager P. Auerbach Vollmacht besitzt, für den Ephraim Einkäufe zu machen, oder aber wissen, wo Herr Auerbach Waaren gekauft für Herrn Ephraim, werden ergebenst gebeten, dieses dem Herrn Advoat Doktor in Posen mitzutheilen.

Nochmals wird wiederholt, daß es im allgemeinen kaufmännischen Interesse sehr wünschenswerth ist, daß diesem Auerbach sammt Ephraim, dessen Vollmacht Raphael Ephraim leugnet, klar gemacht wird, wie man sich als verständiger Kaufmann auf den Messen zu bewegen hat.

Leipzig, Januar 1875.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Das zum Majorat Reisen gehörige, an der Stadt Reisen liegende Gasthaus, genannt Hotel de Malaga, soll vom 1. April 1875 an auf sechs hintereinander folgende Jahre anderweit öffentlich verpachtet werden.

Hierzu ist ein Bietungs-

Termin

auf d. 20. Februar c.,

Vormittags 10 Uhr,

im Bureau der Central-Kass.

in Reisen, bei welcher die

Pachtbedingungen eingesehen

werden können, anberaumt.

Qualifizierte und fiktions-

ähnige Bewerber werden zu

diesem Termin hiermit eingeladen.

Posen, 21. Januar 1875.

J. Mondré

R. Melinck.

**Proclama.**

Das zu Wollstein in der Königstraße belegene, den Geschwistern Wittwer gehörige massive Wohnhaus mit Stallung und Hofraum, abgeschäzt auf 12,150 Mark, soll aus freier Hand

den 11. Februar c.,

Vormittags 11 Uhr,

im Bureau des Unterzeichneten meist-

bietend veräußert werden.

le Pretre,

Justizrat.

Ein Vorwerk in Konarzewo

b. Stenshewo, 1/2 Meile von

# Passagier-Beförderung

von

Hamburg nach Nord- und Süd-Amerika, Australien, Afrika, Japan und China

über andere europäische Zwischenhäfen

vermittelt verühmter Dampfschiffe 1. Classe:

Nach New-York  
Philadelphia

" Boston

" Baltimore

" Quebec

" Portland

" Montreal

" New-Orleans

" Texas

" San Francisco

Nach Babia

Rio de Janeiro

Expedition jeden

Dienstag, Mittwoch  
und Freitag.

Santos

Montevideo

Buenos-Ayres

Melbourne

Brisbane

Sidney

Cap d. g. Hoffnung

Port Natale

zwei Mal monatlich.

Expedition

Etp. jeden Mittwoch.

Expedition jeden

Sonnabend.

Expedition ein Mal

monatlich.

Expedition 3 Mal

monatlich.